Nummer 31 — Stuttgart, 30. Juli 1927 — 46. Jahrgang

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6808

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1,80 Mk.
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

# Brennende Tage in Wien

Das freundliche, lebensvolle Wien hat Schreckenstage erlebt ein blutiges Ringen, wie es seit seiner Erschaffung noch nicht da war, nicht einmal in den Revolutionstagen von 1848 oder von 1918, wo ein ganzes System im Kriegselend zusammenbrach. Der Volkszorn richtete sich gegen finstere reaktionäre Gewalten. Was war die Ursache?

Unweit der ungarischen Grenze, im kleinen Oertchen Schattendorf, war eine Gruppe des österreichischen Schutzbundes — die gleiche republikanische Einrichtung wie das deutsche Reichsbanner — vor wenigen Monaten zu einem Werbezug versammelt. Es kam zu harmlosen Reibereien mit dem Faschismus verfallenen Bauern. Einige dieser faschistischen Rüpel schossen dann ohne Grund aus Jagdflinten auf eine Nachhut der Schutzbündler und töteten einen Kriegsinvaliden und ein Kind. Dieser Vorgang brachte große Erregung unter die österreichische Arbeiterschaft. Zum Zornesausbruch kam es aber, als diese schattendorfer Mörder von dem wiener Schwurgericht freigesprochen wurden. Menschen wurden freigesprochen, die bewußt, ohne Notwehr oder sonstwie bedroht zu sein, in einen unbewaffneten Haufen friedlicher Menschen geschossen hatten. Der fürchterlichste Justizirrtum, der je in den letzten Jahren, die gewiß nicht arm an Justizirrtümern sind, vorgekommen ist. Die Mordbuben wurden noch am selben Tag unter dem Jubelgeheul entmenschter Hakenkreuzbanditen in ihre Heimat entlassen. Es besteht heute nirgends ein Zweifel, daß die österreichische christliche Bürgerregierung, die bei den letzten Wahlen trotz gemeinsten Schwindels nur eine kümmerliche Mehrheit rettete, durch willige Kräfte alles daransetzte, die Freisprechung dieser Mörder zu erreichen.

Eine Empörung sondergleichen ergriff die wiener Bevölkerung. Spontan, ohne jegliche Vorbereitung zogen die Menschen nach dem Innern der Stadt, um vor dem Justiz- und Regierungsgebäude gegen dieses unerhörte Schandurteil zu demonstrieren. „Hütet das Recht!" war ihre Losung. Statt daß die Regierenden Oesterreichs, christlich-fromme Bürger, den in gerechtem Zorn empörten Demonstranten die Zusicherung gegeben hätten, für eine Ausgleichung dieser niederträchtigen Ungerechtigkeit besorgt zu sein, schickten sie Polizei gegen die Demonstranten, die dann in die Massen schossen.

Um diese Niedertracht zu verstehen, müssen die wiener politischen Verhältnisse etwas näher betrachtet werden. Wien hat eine sozialistische Gemeinderatsmehrheit, die trotz aller Schwierigkeiten der Nachkriegszeit für die arbeitende Bevölkerung Gewaltiges geleistet hat. Es sei an Wohnungsbau, Jugendfürsorge, Schulwesen, Arbeitslosenfürsorge und anderes erinnert. Wien ist für die Arbeiterschaft mustergültig geworden. Die Sozialdemokraten Wiens haben alle diese Beschlüsse und Maßnahmen rücksichtslos gegen die Besitzenden und die Standesbevorzugten durchgesetzt. In Wien war es aus mit der Hausbesitzerherrschaft. In Wien galt der Mann der fleißigen Arbeit und nicht der Nutznießer eines arbeitslosen Einkommens. Das erklärt auch den zügellosen Haß des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie. In der wiener Polizei scheinen diese fanatischen Bürger noch einen Unterschlupf gehabt zu haben, anders ist sonst das blindwütige Rasen dieser toll gewordenen Polizei gegen wehrlose Volksmassen nicht zu erklären. Die österreichische Sozialdemokratie, die nach dem edlen sozialistischen Grundsatz: Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren kämpfte, hat es in allen schwierigen Lagen verstanden, die unbewaffneten Arbeitermassen vor den Gewehrläufen der rachgierigen Reaktion zu schützen. Sehr zum Leidwesen der frommen Reaktion, die gar zu gern ihre Macht erneut auf den niederkartätschten Arbeitermassen aufgerichtet hätte. Die Sozialdemokratie ging den anderen Weg, in zäher Aufbauarbeit trug sie Stein um Stein zum Neubau einer besseren Gesellschaft zusammen. Dagegen war die Reaktion mit ihren Mordwaffen machtlos und nur auf rückständige Bauernmassen gestützt, mußte sie ohnmächtig dieser Vorwärtsentwicklung zuschauen. Kommunisten, die wie in anderen Ländern durch ihre Putschpolitik die Geschäfte der Reaktion besorgen, gab es in Österreich fast nicht.

Das Vorgehen gegen die wiener Arbeiterschaft wurde der Reaktion dadurch erleichtert, daß ein Brand in das Justizgebäude gelegt wurde. Eine Tat, die schließlich menschlich verständlich, von jedem denkenden Sozialisten aber abgelehnt werden muß. Wer die Brandlegung auf dem Gewissen hat, wird noch zu prüfen sein. Mit dieser Brandlegung war nur der Reaktion gedient, die Flammen des Justizgebäudes wurden die Fackeln, die dem reaktionären Bürgertum gegen die friedlich demonstrierenden sozialistischen Arbeiter vorangetragen wurden. Auf solche Tat hatte die wiener Reaktion schon lange gelauert und ein stundenlanges Schießen der Polizei in wehrlose Massen war die Folge, während sich im Lande das rückständige Bauerntum mit dem brennenden Justizpalast gegen Wiens Arbeiterschaft aufputschen ließ. Die entfesselte Polizei streckte 140 Menschen nieder. Die Zahl der Verwundeten erreicht nahezu 1000. Vor aller Welt sei auch festgehalten, daß die Polizei Übungsmunition verwendet hat, die in ihrer Wirkung den durch das Völkerrecht verpönten Dum-Dum-Geschossen gleichkommt. Dadurch sind auch die furchtbaren Verstümmelungen zu erklären.

In diesem Kampf mußte die österreichische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften eingreifen, sollte nicht die gerechte Empörung über die Justizschandtat in unheilvollen Wirren ersticken, sondern zu einer erfolgversprechenden Massenbewegung werden. Sie ordneten den Generalstreik an und befahlen den Arbeitern, den Straßen fernzubleiben und nicht ohne Not sich vor die Gewehrläufe der Polizeibestie zu stellen. Der Generalstreik war für die Industrie befristet, für den Verkehr aber unbefristet, bis bestimmte Zugeständnisse von der Regierung erreicht waren. Der Generalstreik mußte nach kurzer Dauer abgebrochen werden. Dieser Ausgang fand nicht allgemein Beifall.

Wer die Urteile der Gegner der modernen Arbeiterbewegung über diese Vorgänge liest, wird feststellen können, daß die Reaktionäre aller Schattierungen über diesen Ausgang enttäuscht sind. Dem Ausgang nämlich, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei Oesterreichs die Führung dieser plötzlichen Empörung in die Hände nahmen und zu einem geordneten Abschluß brachten, der auch die Kampfkraft der Arbeiterbewegung sicherstellte, damit sie im gegebenen Augenblick voll wieder eingesetzt werden kann. Sie — die Reaktion — hätte es gern gesehen, wenn diese Bewegung in wildestem Putschismus und Anarchie geendet, wo keine Disziplin und Führung mehr galt und die Arbeiterschaft sich mit Waffengewalt bekämpft hätte. Es war ja bereits nahe daran, denn die Kommunisten griffen schon das Eigentum der Arbeiterschaft an, unter anderm das Heim der Kinderfreunde, wohl in der Meinung, daß über die unbewaffneten Sozialdemokraten eher ein Mistgabelsieg zu erringen sei. Die Entwicklung zu diesem Bruderkampf hätte der Reaktion den Sieg zugeschanzt. Es hätte sich zweifellos das Drama von Ungarn, Bayern, Litauen, Italien, Bulgarien, China und anderen Ländern wiederholt, wo nach bolschewistischen Putschen die Reaktion den verhängnisvollen Sieg über die Arbeiterschaft errang. Man frage die Arbeiter in diesen Ländern, ob die demokratische Verfassung für sie nicht die Freiheit bedeutete gegenüber ihrem heutigen Dasein und ob sie nicht ihren Irrtum, der sie zu Kämpfern gegen die Demokratie werden ließ in dem Glauben auf eine phantastische proletarische Diktatur, heute bereuen. Die wiener Arbeiterschaft war sich in ihrer Mehrheit dessen bewußt, sie lehnte den Bruderkampf ab, folgte den selbstgewählten Führern, wenn auch manchen der Erfolg nicht genügend erschien. Aber das Bewußtsein haben sie, ihre Kampfesorganisationen sind intakt und die Reaktion kann es nicht wagen, die Freiheiten des österreichischen Volkes anzugreifen. Das ist ein Sieg über die Reaktion. Darum nun heut die Verleumdung der österreichischen Partei- und Gewerkschaftsführer von allen Seiten. Diese Verleumdung und dieser Haß ehrt das wiener Proletariat.

Die Vorgänge in Wien sind noch lange nicht erledigt. Die Arbeiter fordern von der christlichen Seipelregierung die Einlösung der Versprechungen und die Bestrafung der Schuldigen an diesem Verbrechen. Das Bürgertum versucht Ausflüchte. Mit großem Wortschwall wird verkündet, daß die unglücklichen wiener Vorgänge von den Kommunisten von Moskau aus vorbereitet worden seien. Nichts unsinniger als das. Von einer Vorbereitung kann überhaupt nicht gesprochen werden, am allerwenigsten von bolschewistischen Vorbereitungen. Erst als die brutale Polizeiwillkür herrschte, fanden die Putschparolen der plötzlich auftauchenden ausländischen Kommunisten in den empörten Massen etwas Widerhall, aber auch nicht stark genug, um als bestimmender Einfluß auf die Massen gewertet zu werden. Dann galten ja diese Parolen gar nicht der Reaktion, sondern hatten fast ausnahmslos ihre Spitze gegen die ihnen verhaßte österreichische Sozialdemokratie. Der österreichischen Reaktion wird es nicht gelingen, ihre Schuld an diesem Blutbad, die unverrückbar vor der Welt feststeht, auf andere abzuschieben. Hinter den Schrecken des blutigen 15. u. 16. Juli 1927 verbarg sich die haßerfüllte Feindschaft gegen die erfolgreiche österreichische Arbeiterbewegung. Die Arbeiter der Welt stehen ausnahmslos an der Seite des aufbegehrenden wiener Proletariats und trauern um die Opfer dieser Schreckenstage. Auch uns brennen Wunden in die Seele, wenn wir an die Unglücklichen denken, die ihr Leben verloren durch die Schurkereien einer heimtückischen Bürgerschicht, die ihre Vorrechte schwinden sieht und sich noch hochtönend christlich-sozial nennt. Wir werden helfen die Wunden heilen, wir werden aber auch dafür streben, daß diesem heimtückischen Bürgertum, dem zur Erreichung seiner Ziele alle Mittel recht sind, die Macht genommen wird. Der wiener Kampf ist eine internationale Angelegenheit, das sehen wir an der Einigkeit, mit der die internationale Reaktion die österreichische sozialistische Arbeiterbewegung begeifert und ihren Mißmut nicht verbergen kann, daß es nicht geglückt ist, das sozialdemokratische rote Wien zu Boden zu schlagen. Der Wall der Sozialdemokratie stand zu fest, mögen sich auch zu den Begeiferern die Kommunisten gesellen, denen versagt blieb, ihr Parteisüppchen an den Flammen des wiener Justizpalastes zu kochen. **Paul Haase.**

# Vom „Lohnproblem"

Was ich hier erzähle, ist keine erdichtete Fabel, sondern hat sich wirklich und buchstäblich so ereignet.

Vor langer Zeit, es mögen über 20 Jahre seitdem verflossen sein, lebte in einer sächsischen Industriestadt ein Fabrikant, dem es nicht genug war, Gardinen und Spitzen herzustellen und zu verkaufen, sondern der darüber hinaus seine Mitbürger mit politischer Einsicht erleuchten und das Gemeinwesen zu Blüte und Glück führen wollte. Er beteiligte sich rege am öffentlichen Leben, wurde Stadtverordneter und was so drum und dran hängt, kurz er wurde einer der eifrigsten politischen Führer in seiner Stadt. Selbstverständlich, wie sich das damals für einen anständigen Fabrikanten gebührte, der auf seinen Ruf hielt, bei den damals so genannten Liberalen, die etwa den heutigen bürgerlichen Demokraten entsprechen. Ich will den Mann nicht etwa lächerlich machen; im Gegenteil, er meinte es ehrlich, er glaubte das, was er sagte, und war überzeugt, durch seine öffentliche Tätigkeit dem Gemeinwesen zu nützen — was man leider nicht von jedem Politiker sagen kann.

Deshalb lag ihm viel daran, die Arbeiter zu belehren, zu erziehen, damit sie selbst einsähen, daß der Sozialismus Unsinn sei. Zu diesem Zweck schrieb er eines Tages einen Aufsatz, der dann auch in dem dortigen General- oder Lokalanzeiger (ich weiß nicht mehr, wie das Ding hieß) erschien und worin er dem Sinne nach folgendes ausführte:

Die Sozialisten machen den Arbeiter neidisch, sie hetzen ihn auf gegen den Profit der Kapitalisten. Sie veranlassen ihn, hohe Lohnforderungen zu stellen, mit der Begründung, daß die aus dem Profit ganz gut bezahlt werden könnten, weil die Profite ohnehin viel zu hoch seien. Aber gibt es denn für den Arbeiter etwas Besseres, als daß die Kapitalisten möglichst hohe Profite machen? Je größer der Profit der Kapitalisten, desto mehr verbrauchen sie, und je mehr sie verbrauchen, desto mehr schaffen sie Beschäftigung, Arbeitsgelegenheit, Nachfrage nach Arbeitskräften. Und wenn es der übertriebenste und unsinnigste Luxusverbrauch ist, er schafft doch Arbeitsgelegenheit und gibt einer Anzahl Arbeitern Brot. Beispiele führte er an (es las sich wie die reinste Kinderfibel): Ein Kapitalist, der schon gar nicht mehr weiß, was er mit seinem Gelde anfangen soll, hält sich ein Auto (was damals noch als ein besonderer Luxus galt). Flugs muß ein Schuppen gebaut werden (heute sagt man gebildet „Garage"); ein paar Maurer werden beschäftigt, Mörtel und Ziegel werden gekauft, das Auto selbst muß angefertigt und von Zeit zu Zeit repariert werden, der Fahrer findet Lohn und Brot, Benzin und Schmieröl wird dauernd gebraucht, also dauernd fabriziert usw. Oder der Kapitalist läßt sich einen großen Garten anlegen. Sofort finden zwei oder drei Gärtner Anstellung usw., wie oben. Die so geschaffene Nachfrage nach Arbeitskräften verringert die Arbeitslosigkeit oder verhindert sie ganz und gar und muß folglich, wenn sie anhält, zur allgemeinen Lohnsteigerung führen. Schlußfolgerung: Freuet euch, Arbeiter, und lobet den Herrn, wenn die Kapitalisten hohe Profite machen, es geschieht alles nur zu eurem Besten.

Damit begnügte sich der ehrenwerte Herr. Er unterließ es, den letzten Punkt aufs i zu setzen, den aber der denkende Leser auch von selbst ohne Mühe findet. Nämlich, der Ausgangspunkt der ganzen Überlegung war doch, die Arbeiter sollten, um den Profit nicht zu gefährden, auf Lohnforderungen verzichten. Der Erfolg würden dann — hohe Löhne sein! Gesamtergebnis demnach: um hohe Löhne zu kriegen, müssen die Arbeiter — mit niedrigen Löhnen zufrieden sein!

Schält man so den Kern des Gedankengangs heraus, dann sieht jeder, daß es Blödsinn ist, und kein Arbeiter wird darauf hereinfallen. Sonst aber, namentlich wenn der Blödsinn in gelehrt klingende Redensarten eingewickelt wird, ist er nicht so leicht erkennbar, und so mancher Arbeiter kann dadurch verwirrt werden, da es ja schließlich nicht sein Beruf ist, logische Rätselspiele zu lösen.

Im Grunde enthalten all die weisen und gelehrten Erörterungen, die heutzutage über das „Lohnproblem" gepflogen werden, auch nichts anderes als was jener biedere Sachse vor 20 Jahren auf seine trockene und hausbackene Formel gebracht hat. Nur daß sie nicht so leicht zu durchschauen sind. Sie alle behaupten ja, untersuchen zu wollen, wie eine Lohnerhöhung oder Lohnsenkung nicht nur auf die Unternehmer, sondern auf die „Gesamtwirtschaft" wirken muß, das heißt letzten Endes auf die Arbeiter selbst. Und viel öfter, als man glauben sollte, kommen sie zu dem Ergebnis, die Arbeiter selbst hätten Nachteil von Lohnerhöhungen.

So steht es zum Beispiel fest, daß eine allgemeine Lohnerhöhung in Deutschland alsbald die Arbeiterschaft zu einer starken Vermehrung ihrer Einkäufe veranlassen würde. Das ergäbe stark vermehrten Absatz, und es erwächst die Hoffnung einer besseren Ausnutzung der Betriebsanlagen und Beschäftigung von jetzt Arbeitslosen. Die Unternehmer wollen das nicht und erwidern offen und brutal (wie es im vorigen Jahr einmal in der Bergwerkszeitung zu lesen stand): „Wer bezahlt denn das gute Mittagessen der Arbeiter?" Das heißt mit anderen Worten: Wir deutschen Unternehmer bedanken uns für Vergrößerung des Absatzes, wenn wir vorher aus unserer Tasche den Arbeitern das Geld dazu geben sollen. — Das ist brutal, aber deutlich. Gegenüber einer solchen Sprache weiß jeder Arbeiter sofort, woran er ist. Anders die „Wissenschaft". Sie legt den Finger an die Nase und grübelt zum Beispiel folgendermaßen:

> „Je größer die Nachfrage nach einer Ware ist, desto mehr ist für einen Außenseiter die Möglichkeit gegeben, die straffe Organisierung eines Kartells zu durchbrechen. Glaubt man aber, aus allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen an der Kartellierung festhalten zu sollen, so kann es ebensogut Aufgabe eines Kartells sein, durch Niederhaltung der Löhne die Nachfrage einzuschränken wie sonst das Angebot." (Der Verfasser schrieb: „Durch negative Lohnpolitik regulierend auf die Nachfrage einzuwirken." — Ich habe mir erlaubt, dieses Kauderwelsch ins Deutsche zu übersetzen.)

Was steckt in diesen Sätzen, wenn es gelingt, den Dunstkreis der absichtlich geschraubten Ausdrucksweise zu durchdringen? Dann kommt folgendes heraus: Kartelle müssen wir haben. Sie „regulieren" die Wirtschaft, was auch für die Arbeiter nützlich ist. Wenn nun durch Lohnerhöhung eine starke Vermehrung des Absatzes eintritt und infolgedessen die Warenpreise steigen, dann werden die Außenseiter begünstigt, deren Taktik ja immer darin besteht, ein wenig unter den Kartellpreisen anzubieten. Bei allgemein gesteigerten Preisen können sie um so besser bestehen und den an die noch höheren Kartellpreise gebundenen Kartellmitgliedern die Kunden wegschnappen. Dann werden die Mitglieder sehen, so schnell wie möglich aus dem Kartell herauszukommen und dieses geht zugrunde, die Wirtschaft wird nicht mehr „reguliert", die Arbeiter haben den Schaden davon.

Ist das nun, sorgsam durchdacht, nicht genau dasselbe, was jener wackere sächsische Gardinen- und Meinungsfabrikant schon vor 20 Jahren faselte? Arbeiter, wenns euch gut gehen soll, seid mit niedrigeren Löhnen zufrieden! Worauf die Arbeiter im günstigsten Fall nur mit einem schallenden Hohngelächter antworten können.

Ich will nur kurz andeuten, daß derselbe Aufsatz den gleichen Veitstanz mit noch ein paar anderen „Beweisgründen“ aufführt. So zeigt er, daß es unter Umständen für die Wirtschaft — also auch für die Arbeiter — vorteilhafter sein kann, wenn die Bildung von Neukapital durch Ersparnis direkt von den Unternehmern vorgenommen wird aus hohem Gewinn am einzelnen Stück, als auf dem Umweg über die Verbraucher durch Erweiterung des Absatzes. Ähnlich redet er über Zinsfuß, über langfristige Kredite und anderes. Es erübrigt sich, darauf noch einzugehen. Nötig aber ist die Mitteilung, daß dieser Aufsatz nirgends anders steht als in dem von mir wiederholt rühmend erwähnten Hamburger „Wirtschaftsdienst“ (Nr. 26). Womit denn erwiesen ist, daß die bürgerliche Wissenschaft bis auf den heutigen Tag nicht über das hinausgekommen ist, was jener geistig so kleine, gänzlich ungelehrte sächsische Fabrikant in seines Herzens Einfalt schon vor 20 Jahren verbrach. *Ibykus.*

# Die entlarvte Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

## Sie ist tariffeindlich

In dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände gibt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände erneut in feierlichster Weise die Erklärung ab, daß sie keine Gegnerin der kollektiven Arbeitsverträge und insbesondere der Tarifverträge sei. Wie es mit der Tariffreundlichkeit der Vereinigung in Wirklichkeit steht, kann an dem Austritt des Arbeitgeberverbandes der papierverarbeitenden Industrie e. V. unzweideutig gezeigt werden.

Der Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie e. V. (Api) hat am 26. Juni 1927 den Beschluß gefaßt, aus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände auszutreten. Die Begründung des Api-Verbandes, die er in seinen Mitteilungen veröffentlicht, ist für die gesamte Arbeitnehmerbewegung sehr beachtenswert, weil sie wieder einmal die im tiefsten Grunde tariffeindliche Auffassung des Spitzen-Arbeitgeberverbandes klarlegt. Die gewerkschafts- und tariffeindliche Haltung der Vereinigung geht aus folgenden Sätzen des Api-Verbandes hervor:

„Bei der Haltung aber, die die Vereinigung gegenüber den Reichstarifen überhaupt und unseren im besonderen eingenommen hat, und bei den einfach unerfüllbaren Forderungen, die an uns in bezug auf unsere Stellungnahme gegenüber den Allgemeinverbindlichkeitserklärungen unserer Reichstarife gestellt wurden, war es auf die Dauer für den „Api“ unerträglich, eine Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten, durch die er tatsächlich, wenn auch von der Vereinigung ungewollt, fortlaufend in neue Differenzen und Konflikte mit den Außenseitern geradezu hineingezerrt wurde. Wir haben von jeher in Wort und Schrift unseren Standpunkt bezüglich der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen unserer Tarife dahin präzisiert, daß wir unserseits Anträge auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht stellen, daß wir jedoch in den Fällen, wo durch die Gewerkschaften der Reichsarbeitsverwaltung solche Anträge eingereicht wurden, auf Anfrage die Erklärung abgaben, daß Einwendungen gegen die Allgemeinverbindlichkeit unserseits nicht erhoben würden. Trotz oder vielleicht sogar wegen dieser loyalen Haltung haben die Gegner unserer Reichstarife jedenfalls geglaubt, ihrerseits immer zu neuen Vorstößen ausholen zu können und uns unter Vorspann der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu veranlassen gesucht, gegenüber der Reichsarbeitsverwaltung Erklärungen abzugeben, daß wir gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen der von uns abgeschlossenen Reichstarife seien. Ferner wurde die Zumutung an uns gestellt, die Ortsklassenverzeichnisse unserer Reichstarife derartig zu zerlegen, daß von Reichstarifen gar nicht mehr hätte gesprochen werden können. Abgesehen davon, daß die Erfüllung dieser Wünsche schon aus Loyalitätsgründen unseren Vertragskontrahenten gegenüber unmöglich war und auch gegen unsere Tarifbestimmungen verstoßen hätte, mußten sie aus rein praktischen und sachlichen Erwägungen heraus als gänzlich undiskutabel abgelehnt werden...“

Die Vereinigung hat also den Api-Verband zu der unfeinen Handlungsweise zwingen wollen, Einwendungen bei der Reichsarbeitsverwaltung gegen den Antrag der beteiligten Gewerkschaft auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des zwischen dem Api-Verband und den Gewerkschaften abgeschlossenen Reichstarifvertrages zu erheben. Die Gewerkschaften können an diesem einen Beispiel ersehen, daß sehr oft die einzelnen Arbeitgeberverbände nur der Vollstrecker des Willens der Vereinigung sind, die sich im Hintergrunde hält, in der Öffentlichkeit aber als die blütenweiße Unschuld dasteht. Die Vereinigung hat die Übertragung der besseren Reichstarifvertragsbestimmungen auf die tariflosen oder ungünstigeren lokalen Arbeitsvertragsverhältnisse zu unterbinden gesucht.

Es muß zwischen dem Api-Verband und der Vereinigung zu äußerst lebhaften und langwierigen Auseinandersetzungen gekommen sein, denn bereits am 20. November 1926 hat der Api-Verband der Vereinigung ein ausführliches, seine Stellungnahme darstellendes Schreiben gesandt, das der Vereinigung in höflicher, aber nicht mißzuverstehender Weise den Spiegel vorhält. Das Schreiben ist ein deutlicher Beleg für das Heuchlertum der Vereinigung. Einige Stellen dieses Schreibens sind von grundsätzlicher Bedeutung für die wirkliche Haltung der Vereinigung dem Tarifvertragsgedanken gegenüber. Es heißt darin:

„Wir bestreiten auf das Entschiedenste, daß der Nachteil der Reichstarifverträge größer ist als deren Vorteile. Die Frage, ob Reichstarifverträge zweckmäßig sind oder nicht, läßt sich überhaupt nicht generell beantworten...“

„Die Forderung, daß die Reichstarifverträge in ihrer Gestaltung sonstige Tarifverträge nicht ungünstig beeinflussen dürfen, ist eine mehr theoretische und überdies einseitige, denn in viel stärkerem Maße, als die lokalen Tarife durch die Reichstarife beeinflußt werden, werden die Reichstarife durch die lokalen Lohnverhältnisse bestimmt. Wir müssen also verlangen, daß auch umgekehrt in Ortstarifen Rücksicht genommen wird auf bestehende Reichstarifverträge...“

„Zum Schluß noch einige Worte zu dem von der Kommission abgegebenen Urteil, daß die Reichstarifverträge dem Bestreben der [illegible] entgegenstünden. Die Vereinigung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß sie die Tarifverträge als solche und ihre Träger, die Gewerkschaften, anerkennt. Daraus muß rückschließend gefolgert werden, daß sie die Zeit der Individualverträge als der Vergangenheit angehörend betrachten. Bei der Entwicklung, die die deutsche Industrie und die Organisationen der Arbeitnehmer genommen haben, kann ja auch kein Mensch ernsthaft daran denken, zu den früheren Zuständen zurückzukehren, in denen der Arbeitgeber mit dem einzelnen Arbeiter Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbarte. Die Individualisierungsbestrebungen sind daher eine Utopie, die auf dem Boden des praktischen Lebens eine Verwirklichung zu finden nicht hoffen darf. Wenn dem aber so ist, was ja auch durch die grundsätzliche Einstellung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu den Tarifverträgen seinen Ausdruck findet, so ist die Frage, ob Betriebs-, Lokal- oder Reichstarif keine grundsätzliche Frage mehr, sondern lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit für diejenige Industrie, die Tarifverträge abzuschließen hat. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände aber darf u. E. nicht die in ihr vereinigten Industriezweige in der Wahrung ihrer Lebensinteressen aus sogenannten grundsätzlichen oder theoretischen Überlegungen heraus behindern, zumal [illegible] feststeht, daß die Beeinflussung der Reichstarife durch die Lokaltarife in ungleich viel stärkerem Maße schon durch die überwiegende Mehrheit der unter die Lokaltarife fallenden Arbeitnehmer stattfindet als umgekehrt. Die Vereinigung ist nicht dazu da, dem einen oder anderen Arbeitgeberverband oder der einen oder anderen Gruppe von Arbeitgeberverbänden Unbequemlichkeiten bei ihren Tarifkämpfen auf Kosten anderer Mitglieder aus dem Wege zu räumen, sondern in der Hauptsache die gemeinsamen Interessen aller in der Vereinigung organisierten Industriezweige zu fördern...“

Der Api-Verband hat der Vereinigung unzweideutig zu verstehen gegeben, worauf diese letzten Endes hinaus will, nämlich zu dem alten Zustand des Einzelvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zur Knechtung, Wehrlosmachung und dem Preisgegebensein des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber. Diese Auseinandersetzung zeigt die Vereinigung in ihrer wahren Gestalt. *Lutius.*

# Lohnzuschlag für Überstunden

Von *Heinz Potthoff*, München

Da es sich bei dem von den Gewerkschaften angestrebten Arbeitszeitnotgesetze nicht um den Zehnstundentag, sondern um den Achtstundentag handelte, so muß man feststellen, daß die Neufassung der Arbeitszeitverordnung verschiedene neue Möglichkeiten zur *gesetzmäßigen* Durchbrechung des Achtstundentages, aber (neben der Beseitigung der Straflosigkeit gesetz*widriger* Überarbeit) nur *eine* Vorschrift gebracht hat, die geeignet ist, dem Überstundenunwesen einen Damm entgegenzusetzen. Diese einzige Bremse ist der neue § 6a, der den Arbeitern und Angestellten bei den meisten Arten von produktiver Mehrarbeit über 48 Wochenstunden hinaus einen gesetzlichen Anspruch auf Höherbezahlung gibt. Es war zu erwarten, daß die Unternehmer alles versuchen würden, diesen neuen Paragraphen bedeutungslos zu machen. Und in der Gewerkschaftspresse liest man schon von Tarifverträgen und Arbeitsordnungen verschiedenster Art, die ganz sicher mit dem neuen Gesetze *nicht* zu vereinen sind. Da leider das Gesetz nicht so deutlich ist, daß es nicht zu Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben müßte, so erscheint es angebracht, die Grundzüge des seit dem 1. Mai geltenden Rechtes kurz darzulegen. (Wegen alles Näheren verweise ich auf den ausführlichen Kommentar zur Arbeitszeitverordnung, den ich im Sieben Stäbe-Verlage zu Berlin-Zehlendorf veröffentliche.)

1. Der § 6a der Arbeitszeitverordnung setzt fest, daß der Arbeiter einen Anspruch auf Lohnzuschlag hat, *wenn* er Überstunden leistet. Er setzt aber durchaus *nicht* fest, *daß* Überstunden geleistet werden sollen. So wenig wie irgendeine andere Vorschrift der Arbeitszeitverordnung verpflichtet der § 6a einen Unternehmer, Überstunden machen zu lassen, oder einen Arbeiter, Überstunden zu machen. Die Beschäftigungs- und die Arbeitspflicht richten sich *ausschließlich* nach dem Arbeits*vertrage*, der in der Regel durch *Tarifvertrag* und ergänzend durch die Arbeitsordnung bestimmt wird.

Der Tarifvertrag ist in allererster Linie maßgebend dafür, welche Überstunden geleistet werden *müssen*; aber auch dafür, welche Überstunden geleistet werden *dürfen*. Diese *vertragliche* Verpflichtung steht völlig selbständig und unberührt neben der Arbeitszeitverordnung, die nur polizeiliche Bestimmungen darüber enthält, welches Maß von Beschäftigung *höchstens erlaubt* ist. Auch eine hohe Sonderbezahlung gibt dem Unternehmer nicht das Recht, von seinen Arbeitern Überstunden zu verlangen, die nach dem Tarifvertrage nicht verlangt werden sollen.

2. *Wenn* der Arbeiter rechtmäßige Überstunden geleistet hat, dann hat er den Anspruch auf einen *angemessenen Lohnzuschlag*. Dieser gesetzliche Anspruch ist nicht bei jeder Überschreitung der regelmäßigen Arbeitszeit gegeben, auch nicht bei jeder Überschreitung des Achtstundentages, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen: Es muß die 48-*Stundenwoche* überschritten sein. Genau gesagt: sogar die 96-Stunden-Doppelwoche. Denn § 1 läßt unbeschränkten Ausgleich von Mehrarbeit und Minderarbeit binnen zwei Wochen zu. Auch wenn dadurch etwa an einem einzelnen Tage eine Schicht von 10 oder gar 12 Stunden herauskommt, ist der gesetzliche Anspruch auf Mehrlohn nicht gegeben. Es muß sich um Werktagsarbeit handeln. Die *Sonntags*arbeit ist in der AZVO gar nicht geregelt, sie steht außerhalb der 48-Stundenwoche und begründet *nicht* den Anspruch aus § 6a.

Die Mehrarbeit muß geleistet sein auf Grund des § 3 (gesetzliche Überstunden an 30 Tagen im Jahr), des § 5 (tariflich vereinbarte Mehrarbeit), des § 6 (behördlich genehmigte Mehrarbeit) oder des § 10 (außergewöhnliche Fälle oder besonders dringliche Arbeit einzelner Arbeiter). Auch in diesen Fällen ist der Anspruch des § 69 ausgeschlossen, wenn es sich um Arbeiten mit erheblicher regelmäßiger Arbeitsbereitschaft (§ 2), um Vorbereitungs-, Ergänzungs-, Bewachungsarbeiten oder um die Vermeidung einer Verkehrsstockung (§ 4) handelt oder wenn die Überschreitung der 48 Wochenstunden lediglich durch Notfälle, Unglück, Naturereignisse oder andere unvermeidliche Störungen erforderlich ist. Danach wird von den außergewöhnlichen Fällen des § 10 Abs. 1 nicht viel übrig bleiben. Zuschlagspflichtig ist aber in der Regel die Überarbeit einzelner Arbeiter nach § 10 Abs. 2.

3. Trifft einer der unter 2 genannten Fälle zu, so hat der Arbeiter den gesetzlichen Anspruch: a) daß die über 48 Wochenstunden hinausgehende Arbeitszeit *besonders* bezahlt wird, b) und daß der Lohn dieser Überstunden *angemessen höher* ist als der Lohn für die Normalarbeit.

Diese zwei Sätze sind *zwingendes* Gesetz. Sie sind unabdingbar und unverzichtbar. Weder ein Tarifvertrag, noch eine Arbeitsordnung, noch ein Anstellungsvertrag kann diesen Anspruch auf erhöhte Sondervergütung für die Überstunden beseitigen.

Daraus folgt, daß die anscheinend schon häufigen „Ablösungen“ des Lohnzuschlages durch eine allgemeine Lohnerhöhung nicht zulässig und nicht rechtswirksam sind. Im Schlichtungsverfahren dürfen keine Schiedssprüche ergehen, nach denen gewisse Überstunden nicht anders bezahlt werden als die normalen Arbeitsstunden. Werden dahingehende Tarife geschlossen oder Schiedssprüche für verbindlich erklärt, so gelten sie nur bezüglich der Normalarbeit bis zu 48 Wochenstunden. Für darüber hinausgehende Mehrarbeit hat der Arbeiter trotzdem den Anspruch auf höhere Entlohnung.

Was durch Vereinbarung geregelt werden kann, ist Maß und Art der Vergütung im Rahmen des vom Gesetz festgelegten Mindestmaßes: einer angemessenen Höhervergütung.

Das Gesetz gibt als Regel 25 vH Lohnzuschlag. Dieser Satz kann durch Vertrag nach oben und nach unten geändert werden. Aber der Vertragssatz muß „angemessen“ sein; eine Wegbedingung auf Null ist ungültig. Nach oben gibt es keine Grenze, 50 vH Zuschlag oder doppelter Stundenlohn sind durchaus zulässig.

Es kann namentlich bei Angestellten in festem Wochen- oder Monatsgehalte eine andere Form der Vergütung vereinbart werden. Aber immer nur so, daß auf jede Überstunde eine „angemessen“ höhere Vergütung als auf eine Regelstunde entfällt. Besonders beschränkt sind dadurch die Pauschalvergütungen, die auch dem Zwecke des § 6a widersprechen, weil sie ja direkt einen Anreiz zu vielen Überstunden (auf seiten der Unternehmer) geben.

4. Das Vorstehende bezieht sich *nur* auf den durch § 6a gegebenen *gesetzlichen* Anspruch auf besondere Überstundenbezahlung. Völlig unberührt verbleibt daneben die Möglichkeit zur Begründung eines *vertraglichen* Anspruches. Im Tarifvertrage können künftig wie bisher beliebig hohe Lohnzuschläge für beliebige Arten von Überstunden vereinbart werden. Also wenn etwa die regelmäßige tarifliche Arbeitszeit 46 Stunden beträgt, so kann wirksam auch schon für die 47. und 48. Wochenstunde ein Zuschlag von 10, 25 oder 50 vH vereinbart werden. Die besondere Vergütung von Nacht- und Sonntagsarbeit bleibt völlig im Ermessen der Beteiligten. Es kann den *Lehrlingen* durch Tarif eine Sonderbezahlung von Überstunden gewährt werden, obgleich sie den gesetzlichen Anspruch nach § 6a niemals haben.

5. Der Anspruch auf den Lohnzuschlag ist ein *Lohnanspruch*, ganz gleich, ob er auf dem Gesetze (§ 6a AZVO) oder auf Vertrag (Tarifvertrag, Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag) beruht. Infolgedessen unterliegt er allen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Gewerbeordnung, der Sozialversicherung und des Steuerrechtes, die für Lohnansprüche gelten.

Wenn Mehrarbeit geleistet ist und der Arbeitgeber die Bezahlung des verdienten Zuschlages verweigert, so ist Klage beim Arbeitsgericht einzureichen. Das *Gericht* entscheidet, ob und in welcher Höhe auf Grund des Gesetzes oder des Vertrages ein Anspruch besteht und verurteilt den Arbeitgeber zur Zahlung. An diesem Rechtswege wird durch den Abs. 3 des § 6a nichts geändert.

Da der Lohnzuschlag für Überstunden eine „Arbeitsbedingung“ ist wie Lohn und Arbeitszeit, so kann er nicht nur durch Einzelvertrag und Gesamtvereinbarung frei geregelt werden, sondern er unterliegt auch dem *Schlichtungsverfahren*. Auch dieses besteht unberührt fort.

Das durch Abs. 3 des § 6a neu eingeführte Verfahren vor dem Schlichter tritt *neben* das alte Schlichtungsverfahren. Es ist nur zuständig, wenn eine *schlichtungsfähige* Gesamtstreitigkeit vorliegt und sie sich um den gesetzlichen Zuschlagsanspruch des § 6a dreht.

In diesem Falle kann die Gewerkschaft oder Belegschaft statt des Schlichtungsausschusses den Schlichter anrufen, der dann nach § 6a Abs. 3 eine „bindende Regelung trifft“. Diese Regelung ist kein Gerichtsurteil und kein Schiedsspruch im Sinne der Schlichtungsordnung. Sie schafft also nicht einen Tarifvertrag, sondern sie ist eine *behördliche Lohnregelung*, die unmittelbar auf die einzelnen Arbeitsverhältnisse wirkt. Ihre Rechtswirkungen sind ähnliche wie die einer Gesamtvereinbarung. Vor allem gleichen sie diesen in bezug auf die *Unabdingbarkeit*.

## Hilfsstellung der Rechtsparteien für die Gelben

Der Hereinfall ihrer Schützlinge anläßlich des durch Professor Dr. Kaskel abgegebenen Gutachtens läßt ihre politischen und wirtschaftlichen Schirmherren nicht zur Ruhe kommen. Im preußischen Landtag überbieten sie sich in der Stellung von Anträgen, die den gelben Werkvereinen die so sehnsüchtig erhoffte Anerkennung als Gewerkschaften bringen soll. Erst brachte die Deutschnationale Volkspartei einen Antrag folgenden Inhalts ein:

Der Reichsbund vaterländischer Arbeiter und Werkvereine E. V. ist auf Grund einer ordnungsmäßig eingereichten Vorschlagsliste im Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises der Stadt Potsdam vertreten. Auf Einspruch des dortigen sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells hat der Minister für Handel und Gewerbe durch den Herrn Regierungspräsidenten verfügt, daß die im Frühjahr 1926 erfolgten Wahlen ungültig sind.

Der Herr Minister ersuchte den Regierungspräsidenten, den Reichsbund nicht als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des kollektiven Arbeitsrechts zu betrachten und somit dessen Vertreter aus dem Verwaltungsausschuß der Stadt Potsdam auszuschalten.

Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen: das Staatsministerium wird ersucht, *der werksgemeinschaftlich vaterländischen Arbeiterbewegung* diejenige *staatsbürgerliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung* zuzuerkennen, wie diese den Grundrechten der Vereinigungsfreiheit für jeden Arbeitnehmer entspricht.

Doppelt genäht hält besser und schnell war die Deutsche Volkspartei mit einem ähnlichen Antrag bei der Hand. Der Antrag der deutschnationalen Volkspartei trägt die Nummer 6973, der der Volkspartei 7012 und lautet:

Das Staatsministerium wird ersucht, Vorsorge zu treffen, daß den *Berufsverbänden oder Gewerkschaften, die abseits von den drei sogenannten Spitzengewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, dieselben Vorteile und Rechte* wie diesen gewährt werden, soweit ihre Zusammensetzung auf gewerkschaftlicher Grundlage (das heißt Mitglieder sind lediglich Arbeitnehmer) festgestellt ist.

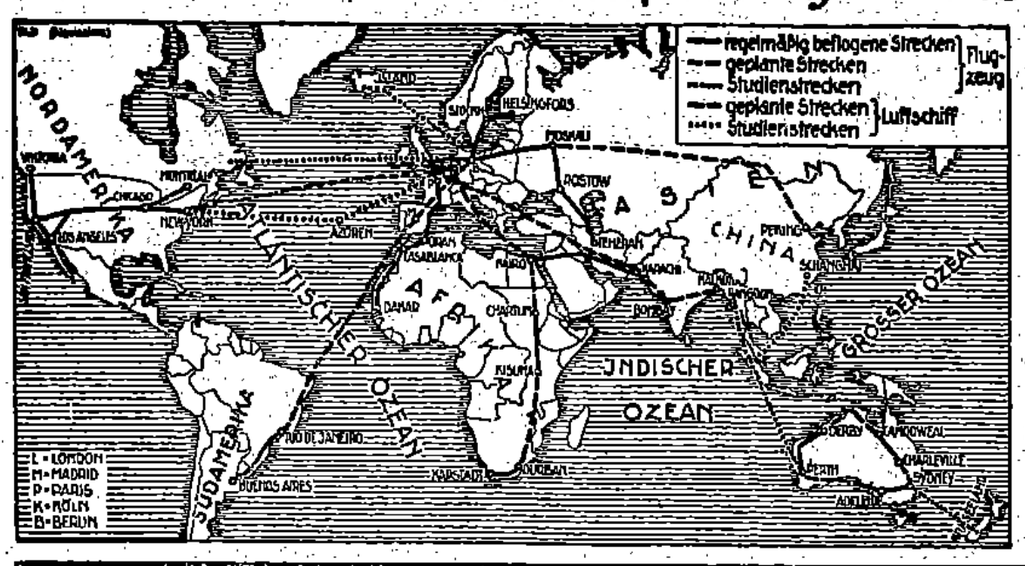
Es wird den Gelben nichts nützen, der preußische Landtag wird in seiner Mehrheit kein Verständnis dafür haben, daß von Unternehmern ausgehaltene Vereinigungen als Gewerkschaften anzusehen sind. *P. S.*

## Der Arbeitsmarkt in fortschreitender Besserung

Am 1. Juli wurden in Deutschland 541 000 Hauptunterstützungsempfänger und 200 000 Krisenunterstützte gezählt. Damit ist die Arbeitslosigkeit im Zeitraum eines halben Monats um weitere 16 vH heruntergegangen. Auch die Statistik des ADGB stellt eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bei den Gewerkschaftsmitgliedern fest. Von den erfaßten Gewerkschaftsmitgliedern waren am Anfang des Monats Juli 4,6 vH arbeitslos und 2,6 vH arbeiteten verkürzt. Eine sehr große Arbeitslosigkeit im Verhältnis der Mitgliederzahl haben die Hutarbeiter, die Sattler, Tapezierer und Portefeuiller, die Gärtner, die Nahrungs- und Genußmittelarbeiter und die Holzarbeiter zu verzeichnen. Bei den Hutarbeitern betrug sie immer noch 25 vH. Beachtenswert ist die Tatsache, daß bei den Bekleidungsarbeitern, bei den Schuhmachern und bei den Lebensmittel- und Getränkearbeitern die Arbeitslosigkeit ausgangs Juli größer war, als am Anfang dieses Monats. Es scheint sich um Saisonschwankungen zu handeln. Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes ers[illegible]t nach wie vor günstig. Zu beachten bleibt, daß die jetzigen [illegible]nachweise auch die nicht voll leistungsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen einrechnen. Vor dem Kriege war dies nicht der Fall. Darum gestalten sich die Vergleichszahlen noch günstiger.

# Technik und Werkstatt

## Weltluftverkehr der Zukunft




Durch die erfolgreichen Ozeanüberquerungen Lindberghs und Chamberlin-Levines ist das Problem des Weltluftverkehrs der allgemeinen Erörterung wieder näher gebracht worden. In einer ganzen Anzahl von Ländern bestehen heute schon gute Luftverkehrsnetze; so in Europa, in den Vereinigten Staaten, in Australien, auch in Innerrußland und Japan; selbst die südamerikanischen Staaten gehen an den Ausbau des Luftverkehrs. Damit sind nicht nur schon wichtige Teilstrecken für den Weltluftverkehr im Betriebe, sondern es bestehen auch überall Etappenstationen dafür. Es fehlt nur noch die Verbindung der einzelnen Kontinente untereinander. Der Ausbau des Weltluftnetzes ist heute in der Hauptsache eine Frage des Kapitals und internationaler Vereinbarungen, und, soweit Ozeanüberquerungen durch Flugzeuge in Frage kommen, Brennstoff sparender Motoren.

## Rechnen in der Werkstatt

II.

Für Berechnung von Blechrohren wird man nicht den Inhalt des Rohrmantels ausrechnen, sondern nur die Mantelfläche, welche das Rohr bildet. Diese gefundene Mantelfläche in x m² = Quadratmeter ausgedrückt wird mit einem Wert malgenommen, den man in Werkstatt-Taschenkalendern finden kann. Dort sind in Tabellen die Werte angegeben für Bleche verschiedener Stärken auf 1 m² bezogen. Nehmen wir zum Beispiel ein Rohr von 500 mm ⌀ und 3 m Länge an, welches aus 1 mm Schwarzblech hergestellt ist, so ergibt die Rechnung:

Rohr-⌀ mal 3,14 mal Rohrlänge, Maße in Meter,

also: $0{,}5 \cdot 3{,}14 \cdot 3 = 4{,}71$ m²; 1 m² Schwarzblech von 1 mm Stärke wiegt nach Tabelle 7,8 kg, so daß das oben genannte Rohr wiegen würde: $4{,}71 \cdot 7{,}8 = 36{,}7$ kg.

Desgleichen rechnen wir bei Blechkonstruktionen nicht den Werkstoffinhalt aus, sondern nur die benötigte Blechfläche und nehmen diesen gefundenen Wert in m² mal dem entsprechenden Tabellenwert für die betreffende Blechstärke. Als Beispiel diene ein Blechbehälter von 1,5 m Länge, 0,8 m Breite und 0,7 m Höhe, ohne Deckel, aus 8 mm Blech geschweißt. Die Rechnung ergibt dann das folgende Bild:

| | | |
|---|---|---|
| 2 Seitenwände | $1{,}5 \cdot 0{,}7 \cdot 2$ | $= 2{,}1$ |
| 2 Stirnwände | $0{,}8 \cdot 0{,}7 \cdot 2$ | $= 1{,}12$ |
| 1 Boden | $1{,}5 \cdot 0{,}8$ | $= 1{,}2$ |
| | | 4,42 m² |

1 m² Schwarzblech beziehungsweise Kesselblech von 8 mm Stärke wiegt laut Tabelle 62,4 kg, also $4{,}42 \cdot 62{,}4 = 275{,}8$ kg. Einen Kasten von diesem Gewicht zur Wage zu bringen, wenn nicht ein entsprechendes Hebezeug in der Nähe ist, bedeutet allerhand Zeitverlust, die einfache Rechnung ist in wesentlich kürzerer Zeit durchgeführt und doch genau genug zur Gewichtsbestimmung für Preisberechnung. Noch günstiger wirkt sich das Gewichtrechnen aus, wenn der Verschnitt zu berücksichtigen ist, denn dieser erscheint doch bei dem fertigen Behälter nicht mehr als wiegbar, sondern ist in den Abfall gewandert, muß aber mit berechnet werden. In diesem Falle ist es natürlich nur notwendig, die Blechtafeln vor dem Zerschneiden auszumessen nach m² und dann diesen Wert mit dem entsprechenden Gewichtswert der Tabelle malzunehmen.

Auch dafür kann die Gewichtsberechnung dienen, festzustellen, wieviel mehr oder weniger ein Werkstück wiegen würde, wenn es aus anderem Werkstoff hergestellt würde. Angenommen, wir haben ein Werkstück aus Gußeisen, welches 13 kg wiegt und wollen wissen, was dasselbe aus Aluminium wiegen würde, so nehmen wir das Gewicht des Werkteiles mal dem spezifischen Gewicht des Aluminiums und teilen das Ergebnis durch das spezifische Gewicht des Gußeisens,

also: $\frac{13 \cdot 2{,}6}{7{,}8} = 4{,}63$ kg. Auf diese Art kann man in ganz kurzer Zeit scheinbar schwierige Rechnungen durchführen. Die Beispiele lassen sich natürlich unbegrenzt fortsetzen, aber schon diese wenigen zeigen, daß bei einiger Ueberlegung ohne Schwierigkeit sich mancher Gang zum Meister ersparen läßt, außerdem ist es immer ganz vorteilhaft, wenn man selbst die einfachsten Berechnungsarten beherrscht.

Wir verlassen nun die Gewichtsberechnung und gehen zu anderen, ebenso wichtigen Berechnungen über, das sind Berechnungen von Umdrehungszahlen.

Zuerst sei hier bemerkt, daß für diese nur die ⌀ der Scheiben, Stirn-, Kegel- oder Kettenräder in Frage kommen, daß die Riemenbreiten hierbei keine Rolle spielen, diese kommen erst in Frage, wenn es sich darum handelt, auszurechnen, welche Kraft mit einem Riemen von bestimmter Breite übertragen werden kann. Die einfache Ueberlegung ergibt, daß für die Umdrehungszahl der Weg zu berücksichtigen ist, welchen der Riemen auf der Scheibe zurücklegt, wir müssen also vorerst einmal den Umfang der Scheibe errechnen und haben aus den früheren Beispielen gesehen, daß zur Umfangsberechnung die Zahl 3,14 die Hauptrolle spielt. Der Umfang einer Riemenscheibe ist gleich dem ⌀ derselben mal 3,14, also bei einer Scheibe von 400 mm = 400 · 3,14 oder in m = 0,4 · 3,14 = 1,25 m. Der Riemen würde also bei einer Umdrehung der Scheibe 1,25 m Weg zurücklegen. Diesen Weg nun mit der Umdrehungszahl in der Minute malgenommen, ergibt den Weg, welchen der Riemen in 1 Minute zurücklegt, also bei 200 Umdrehungen = 1,25 · 200 = 200 m in 1 Minute. Die Umfangsgeschwindigkeit wird aber für die Sekunde angegeben. Da die Minute 60 Sekunden hat, wäre also der Weg in der Minute noch durch 60 zu teilen: $\frac{250}{60} = 4{,}17$ m/sec. Für die Umrechnung von Uebersetzungen genügt das Ergebnis für die Minute. Wir wollen nun diese Scheibe auf eine Welle treiben lassen, die 300 Umdrehungen in der Minute machen soll, so ist es ja ohne weiteres klar, daß der Riemen auf dieser Scheibe dann denselben Weg zurücklegen muß, da aber die Umdrehungszahl größer ist, so muß entsprechend die Antriebsscheibe kleiner sein. Wir müssen also nun den errechneten Riemenweg durch die Umdrehungszahl der Gegenscheibe teilen und erhalten den Umfang dieser. Die Rechnung ergibt sich wie folgt:

$$\left.\frac{\text{⌀ der Antriebsscheibe mal 3,14 mal Umdrehungszahl}}{\text{Umdrehungszahl der Gegenscheibe}}\right\} = \text{Umfang der Gegenscheibe.}$$

Da wir aber den ⌀ der Gegenscheibe haben wollen, so müssen wir den Umfang noch durch 3,14 teilen: $\frac{\text{Umfang der Gegenscheibe}}{3{,}14}$ = ⌀ der Gegenscheibe. Die Rechnung vereinfacht sich dadurch, daß die zweimal vorkommenden Zahlen 3,14 — 1 mal über und 1 mal unter dem Bruchstrich — sich heben und so nicht in Erscheinung treten, so daß die Rechnung nun wie folgt aussieht:

$$\frac{\text{⌀ der Antriebsscheibe mal Umdrehungszahl}}{\text{Umdrehungszahl der Gegenscheibe}} = \text{⌀ der Gegenscheibe,}$$

in unserem Falle: $\frac{400 \cdot 200}{300} =$ rund 265 mm.

Nun kann das umgekehrte Beispiel vorkommen, daß wir den ⌀ der Antriebsscheibe haben und deren Umdrehungszahl, ferner eine vorhandene Scheibe von 500 mm ⌀ und wissen wollen, wieviel Umdrehungen mit dieser Gegenscheibe dann die Vorgelegewelle machen würde. In diesem Falle sieht die Rechnung wie folgt aus:

$$\left.\frac{\text{⌀ der Antriebsscheibe mal Umdrehungszahl}}{\text{⌀ der Gegenscheibe}}\right\} = \text{Umdrehungszahl des Vorgeleges.}$$

in unserem Falle: $\frac{400 \cdot 200}{500} = 160$ Umdrehungen/Minute.

Hierbei ist es nun ganz gleich, ob wir die Rechnung für Riemenscheiben durchführen oder für Zahnräder, es ist nur in allen Fällen zu berücksichtigen der ⌀ beziehungsweise die ⌀, welche zusammenarbeiten, bei Zahnrädern und Kettenrädern ist das immer der betreffende Teilkreis-⌀. Haben wir also ein Zahnrad, sei dies ein Stirnrad oder ein Kegelrad von 800 mm ⌀, welches mit 70 Umdrehungen in einer Minute läuft und als Gegenrad ein solches von 300 mm ⌀, so wird die getriebene Welle eine Umdrehungszahl haben von: $\frac{800 \cdot 70}{300} =$ rund 187/Minute.

Wir werden für eine Welle, die 200 Umdrehungen/Minute machen soll, ein Gegenrad brauchen unter Verwendung des Antriebsrades von 800 mm ⌀ und 70 Umdrehungen von: $\frac{800 \cdot 70}{200} = 280$ mm.

Bei Riementrieben darf man die errechneten Scheiben jeweils etwas größer oder kleiner nehmen, da bei Riemen mit dem sogenannten Riemenschlupf zu rechnen ist, der bis zu 6 vH betragen kann, während bei Zahnrädern mit diesem Unterschied nicht zu rechnen ist, da wir ja hier in gewissem Sinne eine starre Uebertragung haben.

Riemenlängen errechnet man oberflächlich dadurch, daß man den Umfang der einen Scheibe zu dem der anderen zählt und das Ergebnis durch 2 teilt. Zu diesem Ergebnis rechnet man noch zweimal den Abstand beider Wellen und gibt für Nähen und Verleimen noch etwas zu, also: Antriebsscheibe 400 mm ⌀, getriebene Scheibe 200 mm ⌀, Wellenabstand 3 m.

$$\frac{400 \cdot 3{,}14 + 200 \cdot 3{,}14}{2} + 2 \cdot 3 = \text{Riemenlänge} = 6{,}9 \text{ m.}$$

Zu diesen 6,9 m werden etwa noch 300 mm zugegeben, so daß die Gesamtlänge etwa 7,2 m beträgt. Diese Rechnung gilt allerdings nur für offen laufende Riemen, wenn der Unterschied der Scheiben-⌀ nicht zu groß ist; für geschränkte und halbgeschränkte Riemen ist die Rechnung etwas schwieriger, man hilft sich hier am besten mit dem altbewährten Mittel/ eine Schnur um die Scheiben zu legen und diese dann abzumessen. Für Fälle, in denen die Wellen noch nicht liegen, man also nicht zu dem einfachen Hilfsmittel greifen kann, rechnet man die Riemenlänge für verschränkte Riemen etwa wie die für offene und gibt entsprechend mehr Zugabe in der Länge, da ja durch die Schränkung die Entfernung zwischen den Auflagepunkten auf den Scheiben größer wird.

Auch die oben angegebenen Beispiele zeigen, daß das Rechnen in der Werkstatt nicht schwierig ist, wenn es nur richtig angefaßt wird, auch hier macht Uebung den Meister und es ist zu empfehlen, einmal auf Grund obiger Angaben die Triebe an den Maschinen nachzurechnen, an welchen man gerade arbeitet, da man hier gleich eine Kontrolle hat, ob die Rechnungen richtig waren.

## Geschichte der Bildtelegraphie

Die Bildtelegraphie ist in den letzten Jahren aus dem Zustand der Versuche in den der praktischen Anwendung getreten. Mit einem Schlage wird allenthalben mit dem Senden von Bildern begonnen. Das Bild fliegt heute mit Lichtgeschwindigkeit durch die Luft. Ereignisse, die sich soeben im fernen Osten oder in Amerika, in Australien oder Südafrika abgespielt haben, können schon wenige Stunden später auch in Bildform der ganzen Welt bekanntgegeben werden.

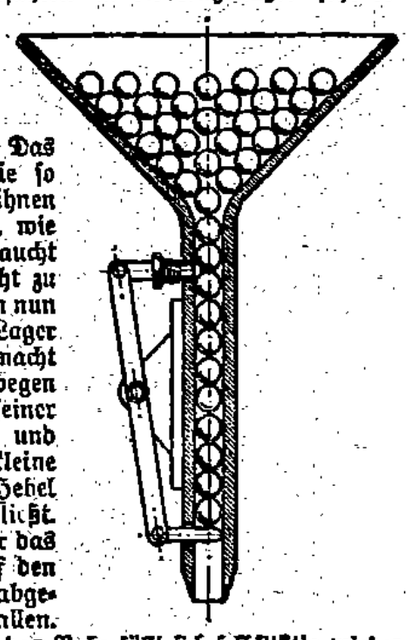
Die Bemühungen, Bilder auf telegraphischem Wege zu übermitteln, gehen bis auf das Jahr 1843 zurück. Damals hatte der Engländer Bain praktische Vorschläge zur elektrischen Übertragung von Schwarzweißbildern gemacht. Diese Tatsache verdient um so mehr Beachtung, als erst ein Jahr später, 1844, der erste brauchbare Telegraph, der von dem Maler Morse erfunden worden war, zwischen Baltimore und Washington in Betrieb genommen wurde. Bain hatte das zu übermittelnde Bild in zahlreiche Einzelteile zerlegt und durch Telegraphiezeichen übermittelt. Dabei entsprach ein Strich einem dunklen, ein Punkt einem hellen Teil des zu telegraphierenden Bildes. Die größte Schwierigkeit bestand darin, sowohl im Empfänger als auch im Sender einen völligen Gleichlauf zu erzielen. Im Empfänger mußten Striche und Punkte an der gleichen Stelle auf dem Papier erscheinen wie auf dem Urbilde beim Sender. Bains Methode wäre sehr teuer und damit unwirtschaftlich geworden. Der Engländer Bakewell gab dann eine Art der Bildübertragung an, deren grundsätzlicher Aufbau bis in unsere Tage hinein erhalten geblieben ist. Er benutzte einen Zylinder, der sich drehte und sich dabei gleichzeitig in der Richtung seiner Achse verschob. Diese Vorrichtung wurde am Empfänger und am Sender montiert. Das zu übertragende Bild wurde auf eine dünne Metallfolie gezeichnet und diese auf dem Zylinder des Senders befestigt. Während sich der Zylinder drehte, tastete eine Metallnadel die Folie ab. Sie öffnete und schloß dabei einen Strom, je nachdem er ein Bildteil oder die blanke Metallschicht traf. Das Öffnen und Schließen des Stromes rief auf dem Zylinder des Empfängers, der sich im gleichen Zeitmaß wie der Sendezylinder drehte und seitlich verschob, auf einem besonders vorbereiteten Papier die Linien des gesandten Bildes hervor.

Alle diese Geräte arbeiteten unter Zuhilfenahme der Drahttelegraphie. Heute steht die Übertragung durch den Funk im Vordergrund. Im Jahre 1924 wurde berichtet, daß Professor Korn durch die Funkstelle Centocelle bei Rom Handschriften, Photographien und selbst Fingerabdrücke drahtlos nach Amerika gesandt hätte. Besonders bemerkenswert war die Tatsache, daß die Geräte Korns keinen Gleichlauf zwischen Sender und Empfänger erforderten. Die Bilder konnten als gewöhnliches Buchstabentelegramm versandt und durch eine besonders eingerichtete Schreibmaschine reproduziert werden. Bei dem Verfahren Korns wurde das zu übermittelnde Bild als durchsichtiger Film auf einen Glaszylinder gewickelt. Das Ganze wurde in einem Gehäuse untergebracht, das eine kleine Öffnung enthielt, durch die das von einer Linse zusammengefaßte Licht einer Glühlampe wirkte. Der Zylinder wurde durch einen kleinen Elektromotor gedreht. Im Innern des Zylinders war ein Spiegel angebracht, der das durch die Helligkeitsschwankungen des Films beeinflußte Licht auf eine Selenzelle warf. Das Selen setzt dem Durchgange des elektrischen Stromes einen um so größeren Widerstand entgegen, je größer die Lichtmenge ist, von der es beeinflußt wird. Helligkeitsschwankungen werden so in Stromschwankungen umgesetzt. Diese Stromschwankungen riefen bei Korn wiederum unter Vermittlung eines Relais Buchstaben in Morseschrift oder die Zeichen des Schnelltelegraphen hervor, die nunmehr hinaustelegraphiert werden konnten.

Besser schon ist das Verfahren von Schröter-Carolus, das von „Telefunken" technisch vollendet wurde. Die Kernstücke dieses Verfahrens sind die von Dr. Schröter durchgebildete Photozelle des Senders und die Karoluszelle des Empfängers, die von dem leipziger Forscher Dr. Karolus konstruiert wurde. Genau so wie bei Bakewell sind Sender und Empfänger mit einem sich drehenden und gleichzeitig verschiebenden Zylinder ausgerüstet. Das Urbild kann aber sofort übertragen werden; es ist keine irgendwie geartete Umwandlung des Bildes zum Zweck der Übertragung mehr notwendig. An die Stelle der Metallnadel Bakewells ist die Photozelle getreten, die ein elektrisches Auge ist. Sie ist in den Stromkreis des Senders eingeschlossen, und der lichtelektrische Stoff, den sie enthält, sendet bei Stromdurchgang und Belichtung Elektronen aus, deren Zahl durch die Helligkeitsschwankungen des zu übertragenden Bildes geregelt wird. Die Zelle ist völlig trägheitslos und vermag auch bei Anwendung kürzester Wellen Lichtschwankungen mühelos in Stromschwankungen umzusetzen. Die Photozelle ist beim Sender an die Stelle des Mikrophons getreten, durch das beim Rundfunksender die Darbietungen den ungedämpften Schwingungen des Senders überlagert werden. Der Empfänger besitzt ebenfalls den sich drehenden Zylinder. Aber an die Stelle der Photozelle ist die Karoluszelle getreten, ein kleines Messinggehäuse, das mit Nitrobenzin gefüllt ist und nun die Stromschwankungen wieder mühelos in Lichtschwankungen zurückverwandelt. Die Lichtschwankungen werden einem Film aufgeprägt und dort nach dessen Entwicklung kopiert. Bei der Eigenschaft der hier zur Verwendung gelangten Zellen, mühelos Licht- in Stromschwankungen und umgekehrt Strom- in Lichtschwankungen zu verwandeln, besteht die berechtigte Hoffnung, daß mit diesen Geräten der Ausgangspunkt für das von den Technikern erstrebte Fernkino gefunden ist. Das Verfahren Karolus-Schröters ist jetzt so weit durchgebildet, daß es für den öffentlichen Dienst im größten Ausmaße Verwendung finden kann. W. M.

## Fülltrichter für Kugellager

Wir beschreiben im folgenden eine Vorrichtung, die das Abzählen von Kugeln und das Einführen in die Kugellager sehr erleichtert. Die Vorrichtung (vergleiche Abbildung) besteht aus einem Rohr, dessen lichte Weite dem Kugeldurchmesser entspricht, und einem aufgesetzten Trichterkegel, der die Kugeln aufnimmt. Das Rohr erhält zwei Bohrungen, die so angeordnet sind, daß zwischen ihnen gerade so viel Kugeln Platz haben, wie für die Füllung eines Lagers gebraucht werden. Aus irgendwelchem leicht zu bearbeitenden Material fertigt man nun einen Doppelhebel an und ein Lager dafür, das an dem Rohr festgemacht wird. Der Hebel muß sich so bewegen lassen, daß abwechselnd eines seiner Enden in eines der Löcher führt und dadurch das Rohr absperrt. Eine kleine Spiralfeder sorgt dafür, daß der Hebel in Ruhelage das Rohr unten schließt. Man hält die Rohrmündung über das zu füllende Kugellager, drückt auf den Hebel und läßt die automatisch abgezählte Kugelzahl ins Lager hineinfallen. Dann läßt man den Hebel los und das Rohr füllt sich selbsttätig wieder mit der erforderlichen Zahl von Kugeln. Selbstverständlich müssen die Bohrungen in dem Rohr etwas weiter sein als der Hebel stark ist, damit er genügend Spielraum für freie Bewegung hat. Sz.



## Normung hauswirtschaftlicher Maschinen

Der Deutsche Normenausschuß teilt mit: Die Schwierigkeiten, die bei der Beschaffung von Ersatzteilen für Haushaltmaschinen auftreten, weil die Erzeugnisse der Firmen verschieden sind, hofft man durch eine Vereinheitlichung dieser Teile zu beseitigen. Der Fachnormenausschuß für Hauswirtschaft beabsichtigt, für Fleischhackmaschinen, Reibemaschinen, Kaffeemühlen, Brotschneider, Gemüseschneidemaschinen, Wringmaschinen, Mangelmaschinen, Waschmaschinen Normen zu schaffen, so daß die Ersatzteile der verschiedenen Systeme gleich sind und leicht in jedem Fachgeschäft nachbeschafft werden können.

Bei den Fleischhackmaschinen gibt es bereits heute von den Herstellern aufgestellte Normen, die sogar international verwendet werden, zum Beispiel die Abmessungen der Messer, der Schnecken usw. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß nicht nur die Abmessungen innerhalb einer Maschinengattung einheitlich sind, sondern daß zum Beispiel die Befestigungsschrauben bei den Semmelreiben die gleichen sind wie bei den Fleischwölfen. In Anbetracht der zunehmenden Verwendung von Elektromotoren für den Antrieb von Haushaltmaschinen wird darauf geachtet werden, daß für eine ganze Reihe verschiedener Maschinen derselbe Motor verwendet werden kann.

## Platinerzeugung

Im Jahre 1913 betrug die Platinerzeugung der Welt 8308 Kilogramm, wovon Rußland allein 7750 Kilogramm lieferte. Der Preis betrug damals 3,60 Goldfrank das Gramm. Nach dem Krieg war die Platingewinnung stark zurückgegangen. Sie betrug für die gesamte Welt 3000 Kilogramm im Jahre 1926. Haupterzeuger ist nach wie vor Sowjetrußland, wo das Platin besonders im Ural gewonnen wird. Daneben beteiligt sich seit einigen Jahren in stärkerem Maße auch Columbien in Südamerika sowie Transvaal in Südafrika. Wie die „Deutsche Bergwerkszeitung" meldet, soll jetzt durch M. Köhler, Berlin, ein neues elektrolytisches Verfahren entdeckt sein, durch das aus Erzen hier in Deutschland Platin als Nebenprodukt gewonnen werden kann. Wieweit dieses Verfahren Erfolg haben wird, müssen die weiteren Versuche noch zeigen. Mit dem stark gestiegenen Preis von 7,50 bis 9 Goldfrank pro Gramm ist heute Platin das teuerste Metall der Welt. F. S.

# Familie und Heim

## Die Gasse der Heimat

Von Meha

IV.

Severin Markus ging zu einem Schrank und schloß die Waffe fort. Beide schwiegen. Der Mann war es, der schließlich das Schweigen brach.

„Nun wollen Sie mir aber noch sagen wegen des Mantels. Wollen Sie ihn wirklich nicht umhängen?"

Und er nahm einen Mantel vom Haken und trat hinter die Frau. Sie blickte auf. Da war es wieder, das gute Lächeln auf diesem unvergeßlichen Gesicht.

„Sie werden sich nicht entsinnen können, was ist in den zwanzig Jahren an Ihnen vorbeigegangen. Aber vielleicht... Also erst einmal: In dieser Stadt, in einer Gasse, haben Sie vor zwanzig Jahren einmal ein kleines Mädel, das Ihnen splitternackt auf einer dunklen Treppe in die Arme lief, rettend in Ihren Mantel gewickelt und vor Scham und Schelte bewahrt." Severin sah sein Gegenüber prüfend an.

„Es war am Tag vor Ihrer Trauung und am Tage vor Ihrer Abreise nach Berlin. Damals..."

„Halten Sie ein. Ja, ich weiß es wieder," sagte er und legte den Mantel der Frau um die Schultern. Dicht blieb er vor ihr stehen.

„Und das anderemal?"

„In der Lausitz war der Streik ausgebrochen. Da hörte ich durch einen Zufall, daß Sie in der Versammlung sprechen. Das war vor zehn Jahren."

„Da streikten die Textilarbeiter in der Lausitz. Ich entsinne mich."

„Und am Tage nach der Versammlung traf ich Sie im Eisenbahnzug wieder. Ich hatte zugleich die Nachricht vom Tode meiner Großmutter erhalten und vom Tode eines Mannes, der mir lieb gewesen. In Trauerkleidern, zitternd vor Kummer und Weh, saß ich in meiner Ecke im Abteil. Sie dachten, daß ich wohl vor Kälte zitterte und deckten mich mit Ihrem Mantel zu."

„Sie erkannten mich damals — warum sagten Sie mir nichts?"

Frau Lisa zuckte die Achseln. „Erst saßen mir die Tränen in der Kehle, und dann stiegen Leute ein, mit denen Sie reden mußten. Dann schlief ich ein, und als ich erwachte, waren Sie fort."

„Und das tat Ihnen leid?" fragte Severin Markus leise.

„Es schien mir, als hätte ich etwas unsagbar Wichtiges, für mein Leben Wichtiges versäumt, weil ich Sie nicht sprechen konnte, wenngleich..."

„Und nun treffen wir uns wieder," sagte Severin nachdenklich.

„Es wäre wohl vieles anders geworden in meinem Leben, wenn ich damals hätte mit Ihnen sprechen können. Ich stand an einem Scheidewege."

„Und jetzt? Wie leben Sie jetzt? Wo? Was tun Sie? Sie sind Frau, sind Sie..." Severin Markus stockte, „sind Sie zufrieden, glücklich, wie man zu sagen pflegt? Sind Sie das?" Frau Lisa antwortete nicht. Stumm saß sie, in den Mantel gehüllt und starrte in den roten Feuerschein, der vom Ofen her kam.

„Warum antworten Sie nicht?" fragte Markus dringend.

Sie hob den Kopf. „Glücklich? Was sieht man als Glück an? Dem, der kein Heim hat, kein Dach über dem Kopf, keine sorgende Seele um sich, dem ist schon der Begriff: Ein Heim haben, das allein schon Glück. Dieses Glück fand ich."

„Und..."

„Es ist wohl undankbar, daß das allein nicht befriedigt, dieses Leben, mit knappen Mitteln immer, aber mit der Forderung mehr zu scheinen, als man ist, als man hat. Dieses nach bürgerlichen Begriffen so „geordnete" Leben. Das all die Jahre bis zum Krieg nichts war, als ein endloser Alltag, ohne Schwung..."

„Hat der Krieg das denn geändert?"

„Für meinen Gatten ist er die große Begeisterung gewesen, der Krieg — die große Tat. Er hat sich hineingeworfen in die große Woge. Sie trug ihn zunächst auswärts. Seine Familie, sonst mit ihm zerfallen, nahm sich in liebevollster Weise wieder seiner an. Er ist Offizier. Alle seine Verwandten sind höhere Militärs gewesen. Was Wunder, daß er sich in dieser Umgebung wohlfühlte. Uneingestanden hat er es wohl oft bedauert, daß seine Frau in diesen Kreis nicht paßte."

„Sie isolierten sich?"

„Nicht notwendig. Ich wurde beiseitegeschoben. Es gibt ja so viele Spielarten zwischen Ablehnen und Übersehen. Erst fühlte ich mich gekränkt..."

„Aber dann?" fragte Markus.

„Dann entdeckte ich plötzlich, daß dieses Abgesondertwerden für mich ein großes Geschenk war, keine Strafe. Denn ich besann mich wieder auf mich selber, auf mein eigenes inneres Ich. Und das hat bei der ganzen Sache wohl nur Nutzen gehabt."

Frau Lisa stand auf. „Meinem inneren Empfinden folgend richtete ich mein Leben ein. Ich mußte arbeiten, um nicht in Not zu kommen. Ich tat es, wo ich konnte. Darüber hinaus habe ich den Weg gefunden, auch anderen ein wenig nützlich zu sein. Die Frau dorthin, diese Emma Kamprath, das ist ein Kind der Gasse, in der ich einmal daheim war. Dorthin, zu denen, die ich von früher kannte, bin ich gegangen. Und wenn es ganz unnütz gewesen wäre bis heute, heute hats einen Zweck gehabt, daß ich da war, neben ihr stand, als sie in der Verzweiflung etwas tun wollte, was nie wieder gutzumachen war."

Severin Markus stand schweigend.

„Ich muß nun wohl gehen," sagte Frau Lisa und nahm den Mantel von den Schultern.

Er schrak auf. „Nein," sagte er, „Sie sollen nicht gehen. Es ist wohl eine Fügung, daß sich unsere Wege immer wieder kreuzen. Frauen wie Sie es sind, brauchen wir. Jetzt mehr als je. Kommen Sie zu uns."

Lisa schüttelte den Kopf.

„Kommen Sie zu mir!"

Wieder verneinte Lisa schweigend. Sie nahm den Mantel, legte ihn Markus auf den Arm und sagte, voll zu ihm aufsehend: „Ich muß fort um meinetwillen." Ihr Blick streifte den glatten Ring an seiner Rechten. „Auch um Ihretwillen, Severin, muß ich fort. Aber ich muß auch gehen, meine Pflicht zu tun, wie Sie die Ihre tun."

„Sie wollen?..."

„Ich muß, und ich will! Wenn mein Gatte jetzt noch lebt, wenn er zurückkommt und statt seiner Offiziersherrlichkeit nichts findet als einen ihm unbegreiflichen Wirrwarr, wenn er einsehen muß, daß alle seine Familienbande ihm nichts sind, hilflos sind, wie er nutzlos, dann muß ich da sein, dann muß er mich bereit finden, das Los mit ihm zu teilen, wie es auch falle."

Severin schwieg, aber seine Hände umfaßten preßend die der Frau. „Leben Sie wohl, Severin Markus," sagte sie und ihre Stimme zitterte. „Wenn es das Schicksal will, so sehen wir uns doch wieder."

### Die neue Zeit

„Am besten ist es, wenn ihr hierher zieht und dein Mann hilft mir, die Bücher in Ordnung halten. Mit den ewig wechselnden und wachsenden Zahlen finde ich mich nicht zurecht", sagte Onkel Peter gütlich zu Frau Lisa, die im einfachen Kleid ihm gegenübersaß. „Ich tue ihm, was sich gehört, an den Verwandten, und ich will es auch bei dir nicht anders machen. Aber eine große Wohnung bezahlen kann ich euch nicht, das mußt du einsehen."

„Ich sehe das ja ein, Onkel, und mir persönlich wäre ja nichts lieber, als hier in dem alten Haus zu leben. Aber du kennst eben meinen Mann nicht. Der verwindet nie, daß alles anders gekommen ist, als er es sich gedacht. Der weiß auch nicht, daß ich heute herübergekommen bin, zu dir. Das hätte sein Stolz wohl nicht zugelassen. Und ich will ja auch gar nichts erbetteln, Onkel, nur mal aussprechen muß man sich. Man kommt ja um, wenn man das alles immer und immer nur in sich hineinschweigen soll."

„Ja, meine liebe Lisa, das ist nun eben die Schattenseite. Und wie großartig klang das damals, als du einen richtigen Doktor bekamst und als der gar Leutnant wurde. Nein," beschwichtigte der Onkel, „dich meine ich ja gar nicht. Du bist nie hochmütig gewesen, du warst ja wohl damals froh und glücklich, daß du ein Nest fandest. Aber der Hochmut, den dein lieber Gatte hat, der läßt sich überhaupt nicht brechen. In Lumpen nicht. Ists nicht so?"

Lisa seufzte. „Wenn ich dir sagen wollte, was mir alles gegen die Natur ist in dem Leben, wie wirs jetzt führen. Früher hab' ich die Augen wohl noch nicht offen genug gehabt. Aber die Jahre des Alleinseins im Krieg, da hat man sehen gelernt. Und man hat den richtigen Blick bekommen und weiß nun besser, wo die wertvolleren Menschen sind, nur..."

„Nur hinüber ins andere Lager kann man nicht, das wolltest du wohl sagen?" ergänzte der Onkel. „Das mußt du tragen, Lisa. Er ist nun mal dein Mann. Und heute kann ich dir sagen, sympathisch war er mir eigentlich nie. Ich hab' überhaupt nicht so bald jemanden gern, das weißt du. Es liegt mir nun mal nicht. Dich habe ich auch früher nicht so richtig leiden mögen, Lisa. Aber wie du damals der Emma Kamprath 'rausgeholfen hast und sie wieder auf die Beine gestellt, das hat mir imponiert. Alle Achtung!"

„Du weißt?"

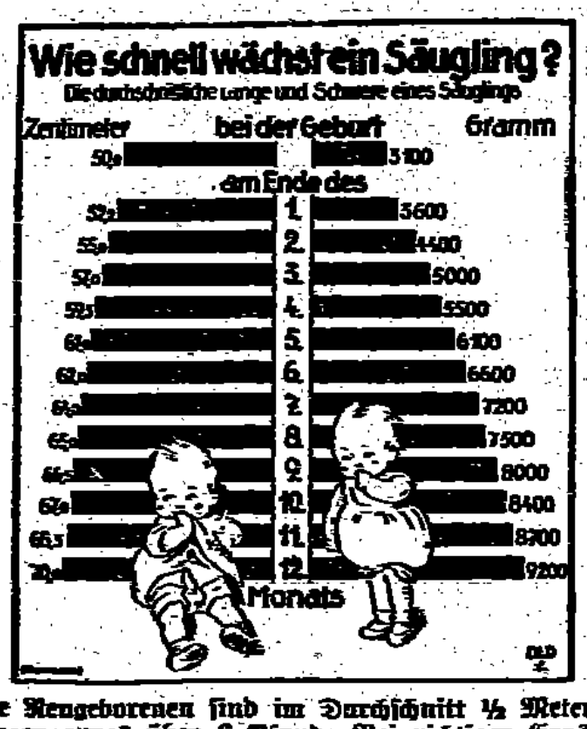
„Die Emma hat es mir mal erzählt. Kurz nachdem der Kamprath gestorben war, den sie ja brav gepflegt hat. Da ist doch das Kamprathsche Haus zum Verkauf gestellt worden und ich habs übernommen und der Emma ein bissel beigestanden, wie sie sich das Geschäft gekauft hat."

„Und nun hast du das alte Haus drüben auch noch?" fragte Lisa.

„Grundbesitz hat immer Wert. Jetzt, wo alles so klettert, kanns auch wackeln, und die Gasse hier, auf die sind sie schon lange scharf. Die Universität will bauen, aber ich denke noch nicht dran, zu verkaufen. Solange ich lebe, bleibe ich hier in meinem alten Kasten. Das soll mir keiner wehren, keiner, die mögen jetzt in der Welt drunter und drüber wirtschaften. Hier ist mein Haus, mein Grund, mein Recht. Und der Grund wird mit jedem Tage teurer", schmunzelte der Onkel. Das war wieder die Freude am Besitz, die einzige, die der alte Hagestolz in seinem Leben gekannt haben mochte. Weder Kriegsnot noch Volkselend hatten das ändern können.

In schweren Sorgen ging Lisa nach Hause. Noch immer bewohnte sie das hübsche erste Stockwerk in dem Haus am Park. Aber es war für sie in den fünf Zimmern nicht ein Eckchen, das ihr gehörte, wo sie sich heimisch fühlen konnte. Die drei Vorderzimmer bewohnte die Familie eines Ausländers, der soviel zahlen konnte, daß man die Wohnungsmiete hatte. Das Zimmer ihres Mannes war unangetastet geblieben und noch immer sein Reich, in dem er lebte, wie er wollte, seine Freunde empfing und seine mannigfachen Geschäfte abwickelte, über die Lisa nichts erfuhr. Geld brachten sie aber anscheinend nicht ein. In dem fünften Zimmer wohnte eine Russin, die anscheinend von dem Erlös aus ihren Schmucksachen lebte, bis in den hellen Mittag schlief, dann rauchte, daß Lisas hübsches, sauberes Zimmerchen nicht wiederzuerkennen war und spät am Abend ausging bis in den Morgen hinein.

(Schluß folgt.)




**Die Neugeborenen sind im Durchschnitt ½ Meter groß und wiegen etwas über 6 Pfund. Bei richtiger Ernährung muß die tägliche Gewichtszunahme des Säuglings durchschnittlich 25 Gramm betragen, so daß sich das Gewicht 12 Monate nach der Geburt etwa verdreifacht hat. Das Wachsen geht dagegen bedeutend langsamer.**

## Kinderlügen oder falsche Aussagen?

Die heutige Forschung der Kinderseele hat manches, was früher als Kinderfehler bezeichnet wurde, in ein milderes Licht gerückt und gezeigt, daß es sich oft nur um natürliche Entwicklungserscheinungen handelt, wo der Erzieher der alten Schule bereits kindliche Unarten oder gar Verfehlen sieht. Besonders in bezug auf die sogenannte Kinderlüge müssen viele Eltern und Erzieher umlernen.

Nicht jedes Abweichen des Kindes von der Wahrheit kann ohne weiteres als Lüge bezeichnet werden. Nur die bewußte Fälschung ist eine Lüge. In vielen Fällen — besonders bei jüngeren Kindern — fehlt dieses Bewußtsein aber vollkommen. Das Kind hat oft gar nicht die Absicht, zu täuschen. Es spricht meist nur aus, was es an Vorstellungen, Meinungen und Gefühlen augenblicklich in seiner Seele trägt. Daß dieser Seeleninhalt nicht immer mit den Tatsachen, also mit der Wahrheit übereinstimmt, liegt daran, daß die kindliche Seele noch nicht voll entwickelt ist und daher sehr oft noch nicht richtig funktioniert, was sie ja leider selbst bei Erwachsenen nicht immer tut. Die Eltern sollten daher schärfer unterscheiden zwischen eigentlichen Kinderlügen und bloßen falschen Kinderaussagen. Bei der Kinderlüge hat der kleine Sünder die richtige Vorstellung in seiner Seele, aus irgend einem Grunde (meist Furcht vor Strafe) spricht er aber das Gegenteil von dem aus, was in seiner Seele ist. Die Fälschung vollzieht sich also absichtlich, mit Überlegung, in seinem Bewußtsein. In den anderen, und zwar häufigeren Fällen verläuft der Vorgang viel harmloser. Da deckt sich der tatsächliche Seeleninhalt des Kindes mit seinem Worten. Die Fälschung hat sich im Unbewußtsein vollzogen. Dafür kann das Kind noch nicht verantwortlich gemacht, dafür darf es nicht bestraft werden. Hier kann nur verhütende Erzieherarbeit helfen.

Versuchen wir an einigen Beispielen, falsche Kinderaussagen psychologisch zu verstehen! In dem Tagebuch einer Mutter las ich einmal folgendes: „Ich ging mit Ursel spazieren (das Kind war damals ungefähr vier Jahre alt); ehe wir im Stadtpark anlangten, hatte ich viel von den dort sich befindenden Schwänen mit ihr gesprochen und wir waren beide sehr neugierig, ob wir sie zu sehen bekommen würden. Der Teich war aber noch mit einer dünnen Eisschicht bedeckt und keine Schwäne draußen. Wir unterhielten uns nun längere Zeit darüber, ob sie wohl in dem kleinen Schwanenhäuschen im Wasser steckten und wie es in dem Häuschen wohl aussehe. Dann, während wir den Weg zur elektrischen Bahn antraten, kamen andere Gespräche auf. In der Bahn fragte ich Ursel: „Was wirst du nun dem Vater erzählen?" Sie antwortete prompt: „Daß wir Schwäne gesehen haben." Ich: „Was haben wir gesehen?" Ursel: „Viel Schwäne."

Wie war das Mädchen zu dieser Aussage gekommen? Eine absichtliche Täuschung des Vaters war ausgeschlossen, da ja die Mutter dabei gewesen war. Es läßt sich nur so erklären: Die Kleine hatte sich in ihrer Phantasie so viel mit den Schwänen beschäftigt, daß sie nachträglich gar nicht mehr unterscheiden konnte, ob sie die Schwäne wirklich gesehen hatte oder ob sie nur in ihrer Einbildung existierten. Schein und Sein vermögen die Kinder noch nicht immer scharf zu trennen. So werden nicht selten ihre Wünsche und Hoffnungen zu Vorstellungen, die sie dann selbst für Nachbildungen tatsächlich gesehener Dinge halten, wie jenes Mädchen, von dem Jean Paul in seiner „Levana" berichtet, das — sonst sehr wahrheitsliebend — ihm öfter ausführlich von Erscheinungen des Christkindchens erzählt und dabei genau angegeben habe, wie es ausgesehen, was es gesagt, was es getan habe usw.

Nicht selten spielen in solchen Fällen auch Träume des Kindes eine Rolle, wie aus folgendem Beispiel ersichtlich ist, das ich einmal in einer Lehrerzeitung fand: „Als ich am Montag nach dem Totensonntage das Klassenzimmer der 8. betrete, rufen einige Schülerinnen: „Fräulein Z., Lotte G. weint. Ihre kleine Schwester ist gestorben." Ich rufe Lotte G. vor. Ihr Gesicht ist gerötet, einige Tränen tropfen noch über ihre Wangen. „Deine kleine Schwester ist gestorben?" — „Ja!" — „Ach, das ist traurig, das tut mir sehr leid. Wie alt war sie denn?" — „Fünf Jahre." — „Wie hieß sie?" — „Herthel" — „Hertha?" — „Ja!" — „Was hat ihr denn gefehlt?" — „Sie hatte die Ruhr. Gestern nachmittag ist sie gestorben, übermorgen wird sie begraben. Jetzt liegt sie zu Hause im Sarge." Die Klasse lauscht atemlos. „Im Sarge? Wie sieht sie denn aus?" Lotte G. scheu und feierlich: „Ganz weiß." — Wie sich später herausstellte, hatte die Kleine dies alles nur geträumt, ein Beweis dafür, wie leicht in Kinderseelen die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit sich verwischen kann. Das erschütterndste Beispiel solch kindlicher Phantasielügen, das ich nenne, erzählt Gottfried Keller im „Grünen Heinrich".

Dr. Johannes Prüfer.

## O dieser Bubikopf!

Ein frischgeschnittener Bubikopf hat im Büro der Firma Landmann & Helbig in Schreiersgrün einen derartigen Aufruhr verursacht daß schier der ganze Betrieb ins Wanken gekommen ist. Und um zu retten, was noch an Frauenehre gerettet werden kann, ließ die Firma eine Bekanntmachung am Schwarzen Brett anschlagen, die unbedingt der Nachwelt erhalten bleiben muß und die folgenden Wortlaut hat:

Bekanntmachung!

„Trotz unserer Warnung hat sich eine unserer Arbeiterinnen einen Bubikopf schneiden lassen. Wie in derartigen Fällen, so war wohl auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens: Sensation, also Aufsehen zu erregen. Das hat sich dann auch heute früh beim erstmaligen Erscheinen dieser Arbeiterin in unserer Fabrik gezeigt. Für den Fall, daß sich die durch diese Arbeiterin in unserem Betrieb hineingetragene Unruhe nicht schnellstens legen sollte, behalten wir uns vor, dieser Arbeiterin zu kündigen und die Kündigung auch gegen eine andere ebenfalls Bubikopf tragende Arbeiterin auszusprechen, deren Einstellung seiner Zeit erfolgt ist, ohne daß wir Kenntnis von dem Vorhandensein des Bubikopfes hatten.

Wir warnen hierdurch Arbeiterinnen auf das Eindringlichste. Wir werden von jetzt ab jede Arbeiterin fristlos entlassen, die sich einen Bubikopf schneiden läßt.

Wir wollen durch diese Maßnahme unsere Arbeiterinnen vor einem meist unüberlegten Schritt bewahren, den sie später bitter bereuen würden."

Noch mehr. Die Gemeindevertreter der 2000 Einwohner zählenden Gemeinde Zerbau bei Glogau — richtig muß es in Zukunft heißen Glogau bei Zerbau — haben beschlossen, den Bubikopf zu besteuern. Für verheiratete Frauen soll die Steuer monatlich 2 M, für Ledige jedoch nur 1 M betragen und die Mädchen unter 14 Jahren haben das Vergnügen umsonst. Der einzige Friseur des Dorfes will nach Amerika auswandern, die Frauen wollen Zerbau verlassen, es gibt eine Katastrophe. Doch noch ist die Steuer nicht Tatsache, denn alle Hoffnung wird in Zerbau auf den Bezirksausschuß in Liegnitz gesetzt, der die Steuer erst genehmigen soll. Er wird verhindern, daß das Weiberdorf, von dem Clara Viebig aus der Eifel erzählt, ein Gegenstück in dem Männerdorf Zerbau bekommt. Die Gemeindevertreter von Zerbau aber wollen sich alle Rasierapparate kaufen, weil sie die Rache des Friseurs von Zerbau fürchten.

*

## Zuspruch

Im Altertum war der Mensch eine Beute des stärkeren Mitmenschen. Es wimmelte von Sklaven und von am Wege hockenden Bettlern. Im Kriege war Plündern, Morden und Ausrotten selbstverständliche Sitte, und von sozialen Gesetzen wußte man nicht allzuviel. Wer Unglück hatte — ei, der verdarb und starb.

Langsam gewann der einzelne Mensch Schätzung und Gewicht. Das Grausame milderte sich zum Rohen und es gab für die bösen Taten wenigstens eine moralische Verdammung. Mildherzigkeit, Fürsorge und Schonung wurden als Pflicht anerkannt, der einzelne Mensch galt als Mitglied der großen Gemeinschaft immerhin für nicht ganz wertlos.

Spät noch hatten wir die Leibeigenschaft. Sie verschwand.

Nach ihr kam der Kapitalismus, noch jung, roh und ungestüm.

Heute muß er sich schon um ein weniges bezähmen, muß zum mindesten den Schein wahren.

Es ist eine feste Gewißheit, daß unsere heutige Zeit sich wandelt, denn die Geschichte geht nicht rückwärts. Sie ist eine Entwicklung. Wohin? Zum reinen, freien, stolzen Menschen.

Wir müssen einen Wert in uns gewinnen, so werden wir bald auch einen Wert an uns und um uns haben.

Es geht sehr gut.

Nur — ein Menschenleben ist ein kurzer Maßstab, um Geschichte zu messen.

Sei's drum!

Wir haben in der Tat die ganze Zukunft! Je schneller wir Wert in uns selber gewinnen, um so näher ist uns die Zukunft.

* Felix Riemkasten.

## Winke für den Haushalt

Einen Wespen- oder Bienenstich sauge man so gut wie möglich aus; dann betupfe man ihn mit einem in Salmiak, Sodawasser oder Blauwasser getauchten Lappen.

Erdbeeren sind gegen Rheumatismus wegen der Salizylsäure, die sie enthalten, zu empfehlen. Bei einer Erdbeerkur müssen 3 bis 4 Wochen lang täglich 1 bis 2 Pfund frische Erdbeeren genossen werden.

Frische Fruchtsaftflecke auf Tischtüchern bestreue man sofort mit Salz, um zu verhindern, daß bleibende Flecke daraus entstehen.

# Taygetos

Eine große Brummfliege zog ihr läppisches Gesumm wie einen dicken Strich mitten durch die schwüle, atemlose Stille des Schwurgerichtssaales, als sich Rechtsanwalt Dr. Waldmann zu seiner Verteidigungsrede erhob:

„Meine Herren Geschworenen! Sie haben soeben die von unerbittlicher Strenge erfüllten Worte des Anklagevertreters gehört. Die Tat Heinz Mälzers, so meint der Herr Staatsanwalt, streife hart das Verbrechen des Mordes, doch könne immerhin noch der Paragraph der Tötung in Anwendung kommen. Meine Herren Geschworenen, ohne jeden Versuch, sich in die Seele eines Künstlers zu versenken, darf hier die Gesetzesmaschine ihre Arbeit nicht vollenden! Heinz Mälzer hat nicht sein Kind getötet, Heinz Mälzer hat ein mißratenes Werk der Natur ausgetilgt; er hat ein geistig und körperlich verkümmertes, rettungsloses Geschöpf in die ewige Urmasse zurückgeworfen, nicht anders als einen schlecht modellierten Klumpen Ton, den er dem großen Mutterblock zurückgibt."

Der Verteidiger machte eine kleine Pause, um dem Saal Gelegenheit zu geben, diesen Vergleich auszukosten. Alle Mienen, auch die der Geschworenen, waren voll Spannung, erwartungsvoll — ruhig, fast weich in ihrer hingegebenen Bereitschaft, sich vom Wort des Verteidigers bearbeiten zu lassen.

„Ein Künstler, ein Schönheitsfanatiker," fuhr Dr. Waldmann mit erhobener Stimme fort, „sieht sein Kind in unheilbarer Umnachtung heranwachsen, hofft von Jahr zu Jahr, daß ein Schimmer des Lichtes in diese arme Seele fallen, einmal ein Lächeln das mißgestaltete Gesicht erhellen werde, das nie das Antlitz eines Kindes war. Meine Herren Geschworenen, fassen Sie die ganze Kraft Ihrer Vorstellungsgabe zusammen: Fünf Jahre lang hat Heinz Mälzer diesen unseligen Anblick ertragen. Das Auge stumpf und ohne Leben, der Geist ohne alle Zeichen erwachender Vernunft, der Körper von veitstanzähnlichen Krämpfen erschüttert, so lag dieses lebendige und doch leblose Stück Fleisch da, hingeschleudert vom Zorn eines unbekannten Gottes, lag da und weinte, weinte unaufhörlich, als wüßte das Wesen um den ganzen Jammer seines Daseins."

Dr. Waldmann kam auf all die Versuche zu sprechen, die die Eltern unternahmen, um ihrem Kinde durch ärztliche Kunst Rettung zu bringen. Keine Heilweise blieb unversucht. Die ersten Ärzte wurden befragt, und überall nur trauriges Kopfschütteln: hier war keine Heilung. „Meine Herren Geschworenen, da ging Heinz Mälzer, nur seinem starken Empfinden folgend, zu einem Arzt und bat ihn: „Befreien Sie mich von diesem Wesen." Der Arzt wies das Ansinnen von sich und Heinz Mälzer ging zum nächsten. Die gleiche Antwort; trotz der zweifellosen Unheilbarkeit des unglücklichen Geschöpfes könne kein Arzt eine solche Tat verantworten. Hier war ein Fall gegeben, an dem sich eine höhere Sittlichkeit, jenseits des Strafgesetzbuches, hätte bewähren können. Aber dazu gehört Mut, meine Herren Geschworenen! Hier war ein Mensch einer unserer besten Künstler, ein Ringender, der grausam litt. Sollte um dieses kläglichen, wertlosen Körpers willen eine schöpferische Seele von unermeßlichem Wert zugrunde gehen? Vor dieser Frage beugten sich die Ärzte mit einem feigen Achselzucken.

Im alten Sparta war es Gesetz, schwächliche, kranke Kinder im wilsten Gebirge Taygetos auszusetzen; ein kriegerisches Volk hatte eine falsche Anwendung für eine an sich richtige Anschauung gefunden. Bei dem Stand unserer heutigen Wissenschaft müßte sich aber in unzweifelhaften Fällen ein „Taygetos" finden lassen!

Meine Herren Richter, Herr Staatsanwalt hier ist eine Lücke in der Gesetzgebung! Die menschliche Gesellschaft, die unglücklichen Eltern brauchen nicht länger mit dem mißgebildeten, unheilbaren Geschöpf belastet und gequält zu werden; ich sage, sie brauchen es nicht, sobald diese Lücke in der Gesetzgebung ausgefüllt ist!"

Der Vorsitzende hatte sich erhoben und ersuchte den Verteidiger, solche nicht zur Sache gehörigen Ausführungen, die überdies gegen den Geist menschlicher Barmherzigkeit verstoßen, zu unterlassen.

„Niedergeschmettert von dem Bewußtsein," fuhr der Verteidiger fort, „daß kein Arzt sein Kind heilen, aber auch keiner ihn von diesem grauenhaften Geschöpf erlösen könnte, kehrt Heinz Mälzer eines Tages heim. Seine Gattin ist verreist. In seinem Arbeitszimmer findet er das Kind. Beim Anblick des Vaters flüchtet es kreischend in eine Ecke. Er will es sanft in das andere Zimmer bringen. Es schlägt nach ihm, Geifer vor dem Mund. Wie ein feindliches Tier steht ihm das unselige Wesen gegenüber. Ein schmerzliches Gefühl, das Kind trotz allem zu umarmen, brennt in seinem Herzen auf. Mit geschlossenen Augen, unwissend, was er tut, umarmt er das Geschöpf. Es schnappt nach ihm und beißt ihn in die Wange. Da stürzt das Vatergefühl jäh in Haß um. Die Hände tasten nach dem Halse des Mißgeschöpfes, krampfen sich zusammen, pressen zu, ihrer selbst nicht mächtig — und es ist geschehen. Heinz Mälzer tritt freiwillig vor seine Richter und gibt zu Protokoll, was sich in Worte fassen läßt, nicht aber, was zwischen den Gefühlen eines gequälten Künstlers und Vaters schwingt.

Meine Herren Geschworenen, seien Sie ein milder Richter einer Tat, durch die nichts Menschliches verletzt wurde! Fällen Sie Ihren Freispruch!"

„Und die Mutter?" schrillt aus dem Publikum eine fremde Frau. Ein Diener führt sie sofort aus dem Saal.

Wenige Stunden später hielt Frau Irene Mälzer ein Telegramm in der Hand: „Freigesprochen. Befreit von allem. Erwarte Dich in Sehnsucht. Dein Heinz."

Als die Nachricht von der Tötung ihres Kindes und der Verhaftung ihres Mannes sie in dem kleinen Badeort erreicht hatte, da war Irene nicht um des Kindes, nur um des Mannes willen zusammengebrochen. Dann, in den Wochen der Einsamkeit, erwachte ihr Herz für das Kind, und sie weinte um ihren unglücklichen Knaben. Sie fragte sich: „Hatte Heinz ein Recht, mein Kind zu töten?" Aber der Gedanke, daß der Mann in Untersuchungshaft saß, erstickte diese Frage. Jetzt jedoch erhob sie sich groß und lodernd.

Ihr entfesseltes Herz jagte vor dem D-Zug her in brennender Ungeduld. Als Irene atemlos ihre Wohnung betrat, sahen ihre Augen nichts, sahen nicht das strahlend-unschuldige Gesicht des Mannes, der seine Frau umarmen wollte.

Irene stieß ihn von sich. „Wo ist mein Kind?"

Heinz blickte sie frei an. „Unser Kind war eine Strafe, verhängt ob einer unbekannten Schuld. Ich habe diese Strafe von uns genommen." „Von uns? Hast du mich gefragt? Hinter meinem Rücken hast du mein Kind, mein, mein, mein Kind gemordet!"

„Irene! Wie oft habe ich aus deinem Munde gehört, daß das arme Wesen dir eine Qual ist!"

„So will ich meine Qual wieder haben! Wo ist sie?" Irenes Gesicht wurde wild.

Heinz versuchte, ihre verstörten Augen zu küssen. Er war sich noch immer nicht im mindesten bewußt, daß die eigenmächtige Tötung des Knaben ein operativer Eingriff an dem Herzen der Mutter war.

„Du kannst mir noch ruhig in die Augen sehen, als hätten diese Hände nicht — —" „Was diese Hände getan haben, darüber haben Richter, fremde Menschen geurteilt — und sie haben freigesprochen." Irenes Augen waren irgendwo fern. „Es war mein Kind — du hast es erwürgt. Warum hast du es getan?"

Heinz biß sich auf die Lippen. „Stehe ich zum zweitenmal vor dem Richter?" „Nein, jetzt erst stehst du vor ihm! Weißt du denn, ob das Kind gern starb? Wollte es nicht leben? Es wollte leben, es schlug, es biß um sich — es wollte leben? Plötzlich wurde ihre Stimme flehend: „Was blickte es zuletzt? Suchten seine Augen mich? Wollte es etwas sagen? Erwachte seine Seele im letzten Augenblick unter deinen Fäusten, um dich furchtbar anzuklagen?"

Irene, so fasse dich, besinne dich, was dieses Kind war! Ein körperlich und geistig verkümmertes, unheilbares Wesen, das dich niemals hätte Mutter nennen können." Aber Irene verstand seine Worte kaum. Sie lauschte in sich hinein. Da hörte sie ein Kind Mutter rufen. Dann erstickte der Laut unter den würgenden Händen eines Mannes. Sie blickte in sich hinein: Und da lebte ihr Kind. Mutterliebe, tödlich verletzt, schuf sich aus strömendem Herzblut das Kind neu, es lebte schön, plapperte, lief gesund und unverkrümmt, lachte — so hätte es werden können, ihr Kind, das der Mann ihr aus dem Herzen gerissen hatte, herausgeschnitten wie einen toten Klumpen Fleisch! Und er triumphierte noch ob seiner gelungenen Operation.

Angst überlief den Mann. Er fühlte, daß er sich die Frau retten müsse. „Irene, um unser Zusammenleben, um des Kindes willen, das du haben wirst eines Tages..."

Da schrie sie auf. „Daß du es wieder tötest, wenn es dir nicht gefällt!"

„Irene!"

Eine Tür fiel ins Schloß, hart und unabänderlich, von einer Hand geworfen, die gerichtet hatte. Und Wände der Einsamkeit umstarrten den Mann.

Da sank er weinend vor sich hin. Vor den Richtern und Advokaten hatte er bestanden, vor der Mutter nicht. Wo war das Recht? Wo mehr Liebe war.

Und es dämmerte in seinem Herzen das Gefühl, daß man das Elendeste lieben müsse, um sich selbst zu überwinden.

Hans Natonek.

# Das hohe Lied auf den Schöpfer aller Dinge, den Ingenieur

Ist es nicht die Sehnsucht des Dichters, die in uns allen lebt? Dieses Gefühl namenlosen Verlangens, dies Begehren, das kleine, an den zerbrechlichen Körper gebundene Leben hinaufzusteigern in ein Vielfaches. Da zu sein und dort zu sein. Gestern und heute. Jetzt und immer. Schicksal zu sein, wenigstens in Gedanken. Und ist es ein Wunder, wenn wir den Dichtern unsere Liebe schenken, die uns helfen unserer Sehnsucht Ausdruck zu geben? Die uns helfen unserer Freude Lieder zu singen, die unsern Klagen ihre Schwermut leihen? Und die es vollbringen, in den engen Rahmen des eigenen Erlebens einzuspannen das unendlich gesteigerte Leben des Geistes, fremde Schicksale einmünden zu lassen in den friedlichen Strom unseres unbewegten Blutes? Uns herauszuheben aus unserer Sehnsucht, daß wir gleiten mit dem Winde, der uns trägt in das Land der unerfüllten Wünsche.

Aber wie bald bringen uns die Dichter in dieses Land. Wie bald sind die Lieder verweht, die sie singen und wie wenig tief ist der See ihrer Gedanken, dessen unendliche Ferne uns lockt. Wie bald fühlen wir, daß sie uns täuschen mit luftigen Konstruktionen, die wohl unseren Blick, doch unseren Fuß nicht tragen, der sich sehnt, auf festem Punkt zu stehen, sich sehnt, sich selbst zu sehen und über sich hinweg in das neue verheißene, unendlich gesteigerte Leben will. Wir finden, wie eng die Welt ist, die der Pinsel des Malers uns einfing. Wie wenig lebendig sie ist, wenn der erste Rausch uns verläßt, der uns die Einsamkeit eines Lebens vergessen machte, dessen Schicksale ewig sich wiederholen, dessen Gedanken ewig kreisen um einen Pol, dessen Sehnsüchte immer in gleicher Unerfülltheit sterben.

Aber wir wollen mehr. Über uns weg wollen wir. Eine Stütze brauchen wir für unseren Fuß, nicht den Namen eines Träumers, um ihn zu verehren. Wir wollen den Traum; doch nicht im Traum zu leben, sondern den Traum erleben. Wir wollen die Worte, die mit dem Winde, der sie trug verwehn, nachklingen lassen in unserer Seele, wollen sie Wirklichkeit werden lassen in uns, aber wir wollen nicht immer vorbeisehen müssen an ihm, der sie sprach, wir wollen vergessen, daß ein anderer sie sprach.

Wir wollen in die Werkstatt Gottes schauen, doch Gott nicht schauen, der uns mit Blindheit schlug.

So aber schafft nur einer. Ohne Eitelkeit und ohne den Willen zum Ruhm, nur dienen und doch der Herr sein: Das ist der Ingenieur. Er allein baut unser Leben. Macht es groß und läßt es versinken. Er ebnet uns den Weg nach oben und leiht der Sehnsucht Flügel sich hinaufzuschwingen und zu schauen. Er vertausendfältigt alles Leben, macht es unausschöpfbar und dennoch allen nahe. Er ist Gott, ist Dichter, alles.

Denn ob auch der beste Roman, das lebendigste Theaterstück uns zur Teilnahme zwingen am Schicksal eines Menschen, es uns liebgewinnen, es uns hassen macht, es sind Schemen, die wir liebten, Schemen, die wir haßten. Es ist geliehenes Leben, dem wir uns hingaben.

Gehen wir aber über eine der tausend Brücken, die der Ingenieur erdacht, so spüren wir in ihrem Schwanken noch die Schauer, die ihn beseeligten, da er sie schuf, spüren das Leben, das aus seinem Hirn hinüberschlug in eine neue Wirklichkeit. Wir kommen unter neue Menschen, die rotes hämmerndes Blut, unsagbar beglückendes Leben sind. Und von neuen Ufern sehen wir zurück auf unsern alten Standpunkt, die Enge des Landes, dem wir entstiegen. Und wandern zurück mit neuen Gesichten lebendigster Wirklichkeit. Und während unter uns der brausende Fluß donnert und rauscht, wird uns bewußt der gewaltige Sieg menschlichen Geistes, der es vollbrachte, das schwere klingende Erz zu heben aus der dunklen Tiefe und es zu spannen in herrlich leichter Beschwingtheit über die natürlichen Grenzen menschlichen Lebens, das Wasser.

Oder aber, wir steigen auf einen Turm, steil in den Himmel getrieben von seiner Hand und seinem Geiste, und werfen unsere Augen in die blühende Landschaft, trinken uns satt an dem blumendurchwirkten Grün saftiger Triften, ruhen aus an dem warmen Rot friedlicher Dächer, sind beglückt von einer Welt, die uns kein dichtender Maler zu zeigen vermochte.

Doch höher noch hebt uns der Wille des Ingenieurs. Ein Flugzeug, Werk seines Willens, Ausdruck seiner kühnsten Phantasie, trägt uns fort in Höhen des Himmels, über Wolken hinweg, dahin, wo die Winde sich kreuzen, daß wir erleben das Atmen des Himmels, das Wogen des Lichtes hoch oben über der Erde, der schwankenden Plattform menschlicher Kleinheit.

Oder aber, versteckt im kleinsten Raume einer riesigen Stadt, verborgen vor uns selbst, verborgen vor den gemeinen Blicken der Menschen, horchen wir auf die Stimmen der Welt, die eingefangen und gelenkt von ihm, der elektrische Funke uns zuträgt, schalten uns ein auf die Gesänge der Neger, oder die Litaneien betender Indier, wenn es uns langweilt das Geschwätz geschäftstüchtiger Europäer zu hören, oder aber wir berauschen uns an dem verächtlichen Lärm der Börsenstraßen Amerikas, lassen uns wiegen von den zarten Melodien einer neuen Tanzträumerei, immer getragen von ihm, von seinem Werke, seinem Geist. Immer dankbar dem Schöpfer aller Dinge, den Verwirklicher kühnster Phantasie, den fleißigsten Diener der Menschen, den Ingenieur.

Aber es kommt die Stunde, da wir uns fortsehnen von all dieser Hast, uns fortsehnen von allen Überspannungen des Wissens, fort von der Tausendfältigkeit der Dinge, da die Sehnsucht uns treibt, die tiefinnere Seele zu spiegeln im Gleiten der Worte eines sanften Gedichtes, da wir uns entführen lassen möchten von den Klängen eines sehnsüchtigen Liedes, da wir uns baden möchten im sanft umgaukelten Strom rauschender Worte, da die Gedanken eines friedsamen Buches uns glücklich machen, da wir uns sehnen den großen gewalttätigen Menschen, den Dichter der Tat, den Gott der Gedanken, den Verwirklicher der Träume im Anschauen schöner Bilder zu vergessen.

Doch noch im Dämmern unseres Zimmers, im Glühen der elektrischen Lampe, in der Wärme, die der Gasofen ausstrahlt, sehen wir ihn, den Schöpfer auch dieses unseres friedlichen Glückes aus den leuchtenden Reihen eng gepreßter Bücherrücken auf uns zutreten und uns daran erinnern, daß er es war, der die Buchdruckpresse erfand, ohne die wir allein säßen in unserer Stube, ohne die wir gezwungen wären beim rauschenden Kienspan auf die grotesken Späße eines fahrenden Gesellen zu lauschen, der vergröbert weitergibt, was er in der Stille klösterlicher Bibliotheken aus geschriebenen Folianten sich erlas. Und müßten noch dankbar sein für die Verzerrung des Geistes, die er übermittelt.

Und wie wir dieses alles empfinden, sind wir überwältigt von seinem Werk. Und wissen nichts mehr zu tun, als es zu lieben in ihm, und seinem Geiste verehrend uns hinzugeben wie ein Kind sich den Worten der Mutter hingibt, die es nicht immer versteht, die ihm jedoch immer heilige Offenbarung des Lebens sind.

Erich Grisar.

# Die Schrottschere

Von Heinrich Lersch

„Ich bin sicher nicht zärtlich veranlagt!" sagte der Hilfsarbeiter in dem Schrottlager, für das wir gelegentlich Kessel und Maschinen abmontierten. „Ich war vier Jahre lang Soldat. Zuletzt war ich ein Jahr lang arbeitslos in Duisburg. Da krieg' ich einen Posten in der Eisenhütte an der Schrottschere. Junge, das war ein Biest: die dicksten Profile von Stahlschienen knappte sie mit ihrem Maule ab, als wenn ich einen Priem (Kautabak) abbeiße. Das knallte wie Kanonenschüsse, wenn wir ihr Träger N. P. 30 ins Maul steckten. Da steh' ich schon acht Tage dran, die Arbeit gefiel mir zwar nicht, aber ich war froh, daß ich aus der Hungerleiderei heraus war, ich und meine vier Kinder. Ich verdiente auch ganz schön dabei. Und doch hat so ein Rotzjunge es fertig gebracht, mich da herauszuekeln, trotzdem ich nicht zärtlich veranlagt bin. Denk' dir, da erzählt mir der Bursche, wie ich an der Schere steh' und mein Werk tu':

„Der Mann, der vor dir drangestanden hat, der machte sich nicht so viel Arbeit mit dem Scheren wie du. Der machte das alles ganz mechanisch, so gewohnt war er das. Mit geschlossenen Augen griff der so genau die Hebel wie du mit den offenen Augen; der machte sich nicht müd. Der konnte eine ganze Nacht gesoffen haben, dann schlief er sich bei der Arbeit aus, ganz mechanisch."

„Und warum macht er das heute nicht mehr mechanisch? Ganz mechanisch?" frag' ich Esel da den Burschen.

„Ja, da duselt er wieder mal so herum, da war er aber ganz nüchtern, und läßt ohne abzustellen laufen, wie immer; da meint er, eine Haltschraube wäre abgebrochen. Ganz mechanisch steckt er den Kopf unter die Messer. Er weiß ja, wie viel Sekunden das oben bleibt, da bleibt er mit dem Rocktragen an einem Span hängen, er ruckt und reißt und kommt nicht los und das Messer senkt sich ganz langsam und schneidet ihm den Kopf ab. Wie der Kopf ihn nun nicht mehr hindert, da steht er wieder aus der Rückenbeuge auf, ganz langsam richtet er sich hoch, wie er es gewohnt war von so langen Jahren her, stellt zuerst den Schalthebel ab, dann den Motorhebel und schaltet auch noch das Licht aus, grad als wenn er Feierabend hätte. Erst dann fiel er um. Siehst du, so mechanisch kann man Arbeit machen lernen!"

Daß ich dem Burschen eine Ohrfeige gab, daß er in die Klamotten rollte, das war nicht schlimm. Aber daß ich es nicht fertig brachte, auf demselben Fleck länger stehen zu bleiben, dieselben Hebel zu berühren, dieselben Bewegungen zu machen, wie der Mann mit dem abgeschnittenen Kopf, das hätte ich nicht gedacht! Ich melde mich ein paar Tage später krank, ich gehe wieder hin und versuche zu arbeiten, aber immer fühle ich mich als der Kamerad, der all die Jahre vor mir hier gestanden hat. Und ich sehe immer meinen Kopf den Weg aller Schrottstücke fallen. Und wenn ich es fertig brachte, am Tage einmal nicht daran zu denken, dann träumte ich des Nachts davon, da war ich am Morgen müder wie am Abend. Vierzehn Pfund Gewicht habe ich abgenommen in zehn Tagen, da schlug ich in den Sack und hätt' um alles in der Welt nicht mehr auf dem Bau gearbeitet. Meinst du, der Herr auf dem Büro hätt' das verstanden? Jawohl! Böswilliges Verlassen der angewiesenen Arbeit! Ich bin nicht zärtlich veranlagt. Jetzt lieg' ich vier Stunden am Tag auf der Bahn, aber ich will lieber zu Fuß traben und meine Ruhe haben, als mich immer mit einem abgeschnittenen Kopf zu fühlen und in Duisburg bei meinem Weibe zu wohnen!"

# Der tapfere Bayernleu

Trotz Hitler und Ludendorff bleibt Bayern ein schönes Land und alle Jahre kommen Tausende, sich in den bayerischen Bergen zu erholen. Selbst die Sachsen lassen sichs nicht verdrießen, nach dem Süden zu pilgern. Der bayerische Löwe hält tapfer Wacht, damit ja nicht durch den Fremdenverkehr etwa eine neue Revolution eingeschmuggelt werde.

In Leipzig hatten sich einige hundert Gewerkschaftsgenossen zu einer Ferienfahrt nach der weiß-blauen, königlich bayerischen Republik entschlossen. Das verursachte dem tapferen bayerischen Löwen einiges Kopfzerbrechen. Denn die Sachsen gelten in München als ein ganz wildes Volk, das die politische Betätigung dem beschaulichen Hocken hinter dem schäumenden Maßkrug vorzieht. Außerdem trinken sie Kaffee, zwar nur Bliemchen, aber immerhin Kaffee, und das ist verdächtig. Es soll auch viele Sozialdemokraten unter den Sachsen geben, und wenn nun gar leipziger Gewerkschafter kommen, da ist guter Rat teuer. Also, was tun?

Der klerikale münchner Oberbürgermeister Scharnagel kann nicht umhin, die roten Gäste aus Sachsen willkommen zu heißen. Das ist er den münchner Frauentürmen und vor allem dem Hofbräuhaus schuldig, von wegen des Rufes der bayerischen Metropole als Fremdenstadt. Und dann, so hat er sich wohl getröstet, irgend ein deutscher Dichter hat doch einmal gesagt: „Mein Leipzig lob' ich mir! Es ist ein klein Paris und bildet seine Leute." Und Leipziger sind's ja, die da so haufenweise nach München kommen. Im übrigen verließ sich das fremdenverkehrsfördernde Stadtoberhaupt auf den tapferen bayerischen Löwen in Gestalt der münchner Polizei.

Also, kurz und gut, die Sachsen konnten die Sperre am münchner Hauptbahnhof passieren, ohne sofort verhaftet zu werden. Doch mit des Geschickes Mächten, ist kein ew'ger Bund zu flechten und die Polizei ist schnell. Besonders in Bayern.

Unsere Sachsen bestellen ein paar Rundfahrtautos und wollen sich die Stadt rundfahrenderweise besehen. Das ist aber schneller gedacht, als getan. Mit einem wütenden Gebrüll stürzt sich da der bayerische Löwe auf die gefährlichen sächsischen Ausländer und verbietet das lästerliche Vorhaben. Man war sich nämlich im Polizeipräsidium darüber klar geworden, daß die Leipziger nicht als Fremde schlechthin zu betrachten seien, vielmehr handle es sich hier um ein Politikum, das entsprechend auf bayerische Weise zu behandeln sei. So denkt das münchner Polizeigehirn. Und eins, zwei, drei ein paar Kriminalbeamte zu den Sachsen geschickt. Denen wird erklärt, daß die gemeinsame Besichtigung der Stadt innerhalb der Bannmeile nicht zugelassen werden könne, da sie den Charakter einer politischen Demonstration trage!

So geschehen im Juni des Jahres 1927.

Mit der Rundfahrt der leipziger Gewerkschafter durch München wars also nichts. Die heimtückisch geplante sächsische Revolution in München ist dank der Wachsamkeit der tapferen Bayernleus im letzten Augenblick noch verhindert worden. Die siegreichen Bayern haben nach dem erfolgreich zurückgeschlagenen Sachsenangriff ein Siegesfest im Hofbräuhaus gefeiert. Dabei wurde immer wieder das alte bayerische Kampflied gesungen:

Mir Bayern hamm Muat,
Mir fürchtens koa Bluat,
Mir haben's Kurasche,
Wenn das Blut fließt auf der Straße,
Tapfere Bayern sein's mir,
Tapfere Bayern sein's mir!

Fit.

**Die Lehrer gehören in die 4. Klasse!** Ein amtliches Formular, das den schwäbischen Lehrern bei Versetzung zur Anmeldung ihrer Reisekosten dient, appelliert an sie:

„Es wird erwartet, daß die Lehrer bei Versetzung sich auf die 4. Wagenklasse beschränken und nur in ganz besonderen Fällen die 3. Wagenklasse benützen."

Wir nehmen an, daß die Lehrer dieser Anregung gern und freudig nachkommen werden. Sollte ein „Nörgler" vielleicht Vergleiche anstellen mit einem Reichswehrsoldaten, der die 3. Klasse benutzen darf, so wollen wir ihm schon heute entgegnen, daß Völkervernichtung viel wichtiger ist, als Volkserziehung. Zweifelt etwa jemand hieran?

**Pflichtgetreu.** Das Auto war gegen einen Baum gefahren und hatte im Stürzen den Eigentümer unter sich begraben, aber der Dorfgendarm ließ sich nicht so leicht von seiner Pflicht abhalten. „Es nützt Ihnen gar nichts, wenn Sie sich verstecken," bemerkte er in strengem Tone, „Sie müssen mir deshalb doch Namen und Adresse angeben."

# Verbandsleben

## Werbearbeit unter den jugendlichen Arbeitern

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft", ist die Erkenntnis alter Erfahrung. Deshalb kann man auch verstehen, warum die Jugend von allen Parteien und Vereinigungen so stark umworben wird. Die jungen Arbeiter beiderlei Geschlechts sind viel leichter empfänglich für Ideen und aufnahmefähiger als die älteren Jahrgänge. Die noch fehlende Aufklärung auf der einen und die geistige Aufnahmefähigkeit auf der anderen Seite machen sich unsere Gegner im gewerkschaftlichen Kampfe zunutze und es ist ihnen ein leichtes, einen großen Teil Jugendlicher für ihre Pläne einzufangen. Es kommt ferner noch hinzu, daß unsere Gegner über einen ansehnlichen Teil „Pädagogen" verfügen, die es sehr gut verstehen, auf die Jugendlichen einzuwirken und ihnen ihre Denkweise einzurichtern. Das wollen sie vor allem durch das „Deutsche Institut für Arbeitsschulung" vollbringen. Hält man sich noch vor Augen, welchen Einfluß die übergroße Zahl von Lehrern, die auf der Seite unserer Gegner stehen, in den Fortbildungs- und Gewerbeschulen ausüben und kennt man die Methoden der mit Jugendpflege beauftragten Geistlichen, so heißt es für uns erst recht, die größte Aufmerksamkeit auf die uns noch fernstehenden Jugendlichen zu haben.

Aber nicht nur von der einen Seite drohen der Jugend Gefahren, sondern auch im bürgerlichen Leben sind Kräfte am Werk, die mit allen Mitteln versuchen, die Jugend für Spiel, Sport und wie die Ablenkungsmittel noch alle heißen mögen, zu gewinnen und um die Jugend nur der Arbeiterbewegung und ihren Bestrebungen fernzuhalten. Daß sie dabei großes Glück mit ihren Methoden haben, beweisen die überaus starken Beteiligungen der jugendlichen Proleten, die heute noch die Masse der Mitglieder in den bürgerlichen Turn-, Fußball- und Wandervereinigungen, in den Jugend- und konfessionellen Gesellenvereinen oder in den vielen bürgerlichen Gesang- und Freundschaftsvereinen stellen. Die meisten wissen natürlich nicht, zu welchem Zwecke sie dort von dem „Führer", der nach einem ganz bestimmten Plane arbeitet, mißbraucht werden. Jugendliche! Nicht umsonst geben die Besitzer der Industrie und Landwirtschaft, die immer Not leiden und von dem Ruin der Wirtschaft reden, wenn die Gewerkschaften eine Erhöhung der Hungerlöhne der Arbeiter fordern, jährlich tausende von Mark aus zur Unterstützung und Förderung der bürgerlichen Sportbewegung; nicht umsonst stellen die Rechtsparteien, die leider immer noch die Mehrheit in den Parlamenten haben, durch das Reich, das Land und die Gemeinden Mittel zur Verfügung, um die bürgerliche Sportbewegung zu fördern. Sie verfolgen damit einen ganz bestimmten Zweck und haben nur das eine Ziel im Auge, die Jugend dem Einfluß der Arbeiterbewegung zu entziehen.

„Wem die Jugend untergeordnet ist, dem gehört die Zukunft", das ist die Parole, unter der das gesamte Bürgertum gegen die politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft kämpft. Dieser Kampf um die Jugend ist jetzt sehr in den Vordergrund gerückt; er wird in den obengenannten Kreisen mit noch viel größerer Leidenschaft geführt, seit es in Deutschland gelungen ist, den Militarismus in alter Form zu beseitigen. Denn die Zahl derjenigen, die heute noch der Ansicht sind, daß neben körperlicher und geistiger Ertüchtigung die militärische Erziehung unbedingt erforderlich ist, ist riesengroß. Da die Zeit jetzt noch nicht reif dazu ist, versuchen sie es auf andere Weise, die Jugend unter ihren Einfluß zu bekommen. Man versucht ebenso der verwerflichen Arbeitsdienstpflicht das Wort zu reden, alles nur wegen dem einen Zweck, die Jugend der Arbeiterbewegung fernzuhalten.

Wenn in vorstehendem ausführlich über die Gefahren, die der viel umworbenen Jugend heute drohen, geschrieben worden ist, so nur deshalb, um die organisierte Arbeiterschaft darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren ihr angesichts der Bestrebungen unserer Gegner erwachsen. Alle Vorgänge im Lager der Gegner genau zu beobachten, muß immer unsere Aufgabe im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe sein. Nur wer seinen Gegner in allen Handlungen und in seiner Beschaffenheit richtig kennt und einzuschätzen weiß, wird erfolgreich im Kampfe bestehen können. Es muß zugegeben werden, daß die Feinde unserer freien Gewerkschaften uns in der Zahl der in Frage kommenden Personen, die für die Werbe- und Erziehungsarbeit von ihnen eingesetzt werden, um ein vielfaches überlegen sind, weiter noch die nötigen Einrichtungen haben und über die notwendigen Geldmittel verfügen, um ihrer Jugendbewegung in ihrem Sinne helfend unter die Arme zu greifen. Aber es braucht uns deshalb nicht bange zu werden, denn wir haben auch sehr gute Werbemittel. Das sind die Verbandsarbeiter. Wenn es uns gelingt, alle Kräfte, die sich für die Jugendarbeit in den Gewerkschaften eignen, auf den Plan zu bringen, haben wir viel, vielleicht alles gewonnen. Leider haben wir einen Mangel auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Unsere älteren und auch vielfach jugendlichen Verbandshelfer, die es sehr gut verstehen, an dem Schraubstock oder an der Drehbank ihren Mann zu stellen und die täglich die Jugend zu betreuen haben, sind nicht immer die besten Erzieher, die auf die Seele der Jugendlichen in geeigneter Weise einwirken können. Leider sehen unsere älteren Kollegen in den meisten Fällen in dem jugendlichen Arbeiter und vor allem in dem Lehrling nur den „Stift", der das „Mädchen für alles" machen muß. Diese Einstellung erzeugt natürlich bei den Jugendlichen ein Gefühl der Minderwertigkeit, welches noch vergrößert wird durch die Überlegenheit der Gesellen gegenüber dem Lehrling auf fachlichem Gebiete. Unsere älteren Kollegen müssen deshalb dem jugendlichen Arbeiter und dem Lehrling ein Freund und Kollege sein, nicht nur dem Worte nach, sondern auch in der Tat. Das ist die erste Voraussetzung für eine gute und auch gewinnbringende Werbearbeit unter den Jugendlichen im Betrieb. **Die Jugend verstehen und danach zu behandeln, darin liegt der Kern, die Jugend für die Gewerkschaft und überhaupt für die gesamte Arbeiterbewegung zu gewinnen.**

Ihr älteren Kollegen, macht ständig die Jugendlichen auf unsere Zusammenkünfte aufmerksam, unterhaltet euch mit den Jugendlichen über die Bestrebungen unseres Verbandes und über die Artikel in unserer gut ausgebauten Jugend- und Metallarbeiterzeitung, legt vor allen Dingen die Zeitung selbst, damit ihr Aufklärung über das Geschriebene geben könnt. Nicht nur zahlende Mitglieder wollen wir haben, sondern neue Kämpfer und Werber, die sich in den Dienst der Gewerkschaft stellen, um so mit ihren Arbeitskameraden und Arbeitsbrüdern Seite an Seite für eine bessere Zukunft zu kämpfen.

W. Steininger.

## Eine unsoziale Handlung des Reichsarbeitsministers

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurden in unserer Zeitung schon des öfteren geschildert. Daß sie ungenügend sind, dürfte nicht bezweifelt werden. Der bisherige Spitzenlohn wurde durch einen Schiedsspruch Ende vorigen Jahres mit 5,57 ℳ für jede Schicht — 55 ₰ Stundenlohn festgesetzt. Es kommen nicht weniger als 11 Lohnklassen in Betracht. Die Lohnsätze sind so abgestuft, daß zum Beispiel die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einen Schichtlohn unter 2,25 ℳ bei zehnstündiger Arbeitszeit erhalten.

Die Bemühungen der Gewerkschaftsvertreter, durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband im Juni ds. Js. eine Lohnerhöhung zu erreichen, blieben erfolglos. Die Unternehmervertreter lehnten jedes Entgegenkommen ab.

Der vom Reichsarbeitsminister bestimmte Schlichter entschied sich für eine Lohnerhöhung von — sage und schreibe — 3 vH. Das hätte eine Zulage von 18 ₰ für die erste Lohngruppe und für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen eine solche von 7 ₰ für die ganze Tagesschicht bedeutet. Die Unternehmer hatten den Mut, auch diese geringe Lohnerhöhung abzulehnen. Obwohl die Gewerkschaftsvertreter wie die Arbeiter über diesen vollständig ungenügenden Schiedsspruch empört waren, so mußte doch, um wenigstens diese geringe Lohnerhöhung zu verwirklichen, die Verbindlichkeitserklärung bei dem Reichsarbeitsminister beantragt werden. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers bedeutet eine unsoziale Handlung ärgster Art, denn die Verbindlichkeitserklärung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß es aus „allgemein-wirtschaftlichen Gründen" nicht möglich wäre, diesen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Der Antrag der Gewerkschaften ist daher vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden.

Wenn diese „allgemein-wirtschaftlichen Gründe" mit Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse maßgebend waren, dann könnte man die Entscheidung des Reichsarbeitsministers begrüßen. Es wäre dann anerkannt worden, daß die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung zu gering ist und deswegen eine bessere und wirkliche Erhöhung der Löhne und Verdienste ermöglicht werden soll. Eine solche Auffassung ist aber vom Reichsarbeitsminister nicht anzunehmen, denn seine Entscheidung bedeutet eine Interessenwahrnehmung der Unternehmer im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Es ist nicht zu bestreiten, daß die Produktion im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau für die Unternehmer ein glänzendes Geschäft bedeutet. Trotzdem wollten sie eine Kohlenpreiserhöhung verwirklichen. Diese Unternehmerabsicht ist nicht gelungen und so versuchen sie, diese geringe Lohnerhöhung unmöglich zu machen. Die Unternehmerwünsche hat der Reichsarbeitsminister durch seine Entscheidung in vollem Umfange erfüllt.

Diese Tatsache wird die Arbeiterschaft noch mehr wie bisher zu der Erkenntnis bringen, daß auch ein soziales Ministerium sich nur dann zu einer wirklichen Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse bereit erklären wird, wenn durch die gewerkschaftliche Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft ein entsprechender Einfluß bei einer derartigen Entscheidung ausgeübt werden kann.

Auch diese „sozialen Handlungen" der Braunkohlenbarone und des Reichsarbeitsministers werden hoffentlich zu einer gewerkschaftlichen Stärkung Anlaß sein.

O. H.

## Die Arbeitszeit in der Hüttenindustrie

In dem Ringen um den sanitären Achtstundentag, der für die Hüttenindustrie die dreigeteilte Schicht bedeutet, ist nunmehr nach langen Erwägungen vom Reichsarbeitsministerium eine Verordnung erlassen worden, die sich im wesentlichen mit dem vom Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates ausgearbeiteten Vorschlag deckt. (Veröffentlicht in Nr. 29 der MAZ.) Auch die wichtige Bestimmung über das Inkrafttreten der Verordnung deckt sich im wesentlichen mit dem, was der Reichswirtschaftsrat hierfür vorgeschlagen hat. Der in Frage kommende Abschnitt im Vorschlag des RWR lautet: „Soweit infolge besonderer Umstände die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten der Bestimmungen zu diesem Zeitpunkt in einem Teile des Reichsgebietes oder in einzelnen volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben ohne schwere Gefährdung des Gewerbezweiges oder des Betriebes nicht gestattet, kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der obersten Landesbehörde den Zeitpunkt des Inkrafttretens befristet hinausschieben." In der Verordnung lautet der entsprechende Abschnitt: „Soweit zu diesem Zeitpunkt, das heißt zum 1. Januar 1928, die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten in einem Teil des Reichsgebietes oder in einzelnen Betrieben ohne schwere Gefährdung der Industrie oder des Betriebes infolge besonderer Umstände nicht gestattet, kann der Reichsarbeitsminister das Inkrafttreten nach Anhörung der obersten Landesbehörde auf bestimmte Zeit hinausschieben." Diese Verschlechterung ist auf das Treiben der Unternehmer, die fortgesetzt von der Untragbarkeit der dreigeteilten Schicht für die deutsche Volkswirtschaft faseln, hineingekommen. Wohl wünschten die Unternehmer, die Verschiebung der Einführung so zu verklausulieren, daß sie tatsächlich an den St. Nimmerleinstag gekommen wäre. Das ist nicht geglückt, obgleich sich die Scharfmacher die ordentlichste Mühe gegeben haben und selbst sich nicht scheuten, eine notwendige Geldanleihe mit der zu erwartenden Arbeitszeitverkürzung nach Abschnitt 7 der Arbeitszeitverordnung zu begründen. Das ist der plumpste Schwindel, der je geleistet wurde, aber er dient der Stimmungsmache, um die Einführung der dreigeteilten Schicht auch über den 1. Januar 1928 hinaus zu erreichen.

Das Ringen um die Arbeitszeit in der Hüttenindustrie, die durch die Kündigung des Tarifs in Fluß gekommen ist, hat bis zur Stunde noch keinen Abschluß gefunden. Auch hier zeigen sich die Herren vom Schlot äußerst hartnäckig und ein Schiedsspruch des Schlichters, der wahrlich gelinde war und ab 8. August die Arbeitszeit für die nicht unter den Abschnitt 7 fallenden Hüttenarbeiter von 59 auf 57 Stunden verkürzte und dem eine weitere geringe Verkürzung zu einem späteren Zeitpunkt folgen sollte, wurde rundweg abgelehnt. Ob der Arbeitsminister in diesem Fall soviel soziales Verständnis aufbringt und den Arbeitern wenigstens diese geringe Erleichterung sicherstellt, bleibt abzuwarten. Nach den gemachten Erfahrungen kann man nicht viel erwarten.

In der Hüttenindustrie müssen alle Kräfte angespannt werden, um vorwärts zu kommen. Der Verband wird an der Seite der schwerringenden Hüttenarbeiter stehen und unsere Kollegen im Gebiet der Schwereisenindustrie müssen die säumigen Hüttenleute aufrütteln, bis der Achtstundentag erreicht und die reaktionären Pläne der Schlotbarone vereitelt sind. Das verlogene Gerede von den wirtschaftlichen Belangen darf uns nicht hemmen.

Erwähnenswert ist noch, daß es durch Verhandlungen gelungen ist, die Arbeiter der Hochofengießereien und der Röhrengießereien unter die Schutzbestimmungen des Abschnitts 7 der Arbeitszeitverordnung zu stellen. Dadurch ist auch für die Schichten der sanitäre Achtstundentag gesichert. Den Schutz der Arbeitszeitverordnung genießen nun große Teile der Hüttenarbeiter und die noch nicht darunter stehen, Hofarbeiter und sonstige, dürfen nicht ruhen, bis auch sie den Segen des Achtstundentages und der dreigeteilten Schicht genießen.

Schluß mit der 12-Stundenschicht in der Großeisenindustrie, und zwar möglichst bald und ohne Verschleppung über den 1. Januar hinaus! Die Lage des Zweischichtensystems in den Hütten- und Walzwerken waren schon längst gezählt. Schon seit mehr als einem Vierteljahr konnten die Arbeitgeber sich auf die Umstellung vorbereiten. Also her mit dem sanitären Achtstundentag!

## Ergebnisse der Verbandstätigkeit

**Bezirk Brandenburg:** Der Streik der Werftarbeiter bei den Flußschiffwerften der Obergruppe ist mit Erfolg beendet worden. Erreicht wurde zu der durch Schiedsspruch festgesetzten Lohnerhöhung von 3 ₰ eine Zulage von einem weiteren Pfennig ab 1. Oktober 1927. — **Brandenburg:** Für die Arbeiter der Flußschiffswerften (Elbe- und Havelgebiet) ist durch Schiedsspruch für die Mehrarbeit über 48 Stunden ein Lohnzuschlag von 25 vH erreicht worden. Die Lohnvereinbarung für die Tariforte der Provinz Brandenburg, ausgenommen Stadt Brandenburg, wurde für allgemeinverbindlich erklärt.

**Flensburg:** Durch Parteiverhandlungen wurde eine Lohnerhöhung von 5 ₰ die Stunde erreicht. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 76 ₰. Außerdem wurde eine geplante Akkordpreisverkürzung bei einer Firma (Kupferschmiede) von 25 vH abgewehrt.

**Breslau:** Der Streik der Rohrleger ist erfolgreich beendet worden. Erreicht wurde gegenüber dem Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 6 ₰ die Stunde sofort und eine solche von weiteren 3 ₰ ab 1. Oktober vorsah, eine Lohnerhöhung von 8 ₰ sofort und eine weitere Lohnzulage von 2 ₰ ab 1. Oktober. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 1,18 ℳ und ab 1. Oktober 1,20 ℳ. Beteiligt waren am Streik 300 Mann, davon 270 Mitglieder des DMV.

**Köln:** Für die Bau- und Geldschrankschlosser wurde durch Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von 5 ₰ rückwirkend ab 1. Juli und weitere 2 ₰ ab 1. Oktober ds. Js. erreicht. Der Spitzenlohn beträgt ab 1. Juli 1,10 ℳ und ab 1. Oktober 1,12 ℳ. Beteiligt waren 350 Mann, davon 250 Mitglieder des DMV.

Für die Arbeiter der Kaliindustrie wurde durch Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von 30 bis 35 ₰ die Schicht erreicht. Der Spitzenschichtlohn für Handwerker beträgt jetzt 5,90 ℳ. Ab 1. August ds. Js. tritt eine Kürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden für die in den Tagebetrieben beschäftigten Arbeiter unter Zahlung des gleichen Schichtlohnes ein.

Im Tarifgebiet für den Mitteldeutschen Braunkohlenbezirk ist durch Schiedsspruch die Herausnahme der Elektrizitätswerke aus dem Tarifgebiet erreicht worden. Das ist als ein erheblicher Erfolg unseres Verbandes anzusehen, der sich seit langem bemüht, für die Arbeiter der Elektrizitätswerke eine bessere Lohnregelung, als sie im Braunkohlengebiet erreichbar war, zu bestimmen.

**Leipzig:** Bei der Firma Klein & Ungerer wurden beabsichtigte Akkordpreiskürzungen bis zu 50 vH erfolgreich abgewehrt.

Für die Nordwestliche Gruppe, Bezirk Essen, ist folgender Schiedsspruch gefällt worden:

1. Das bisherige Arbeitszeitabkommen bleibt ab 1. August 1927 mit folgender Maßgabe in Kraft:
   a) In den Hüttenwerken beträgt die wöchentliche Arbeitszeit ab Montag den 8. August 1927 57 Stunden.
   b) In den Betrieben der Weiterverarbeitung beträgt sie ab 8. August 1927 54 Stunden, ab 3. Oktober 1927 52 Stunden.
2. Diese Regelung ist mit einmonatlicher Kündigungsfrist erstmalig am 1. zum 31. Dezember 1927 kündbar.
   In der Woche vom 4. bis 10. Dezember 1927 beginnt die Verhandlung der Parteien über die Regelung für die Zeit ab 1. Januar 1928.
3. Erklärungsfrist ist gegenseitig und gegenüber dem Schlichter 25. Juli 1927, nachmittags 6 Uhr.

Eine Stellungnahme der Verbandsleitung und der Mitgliedschaft im Bezirk ist bis zur Drucklegung dieser Nummer noch nicht erfolgt. Abgesehen von einigen unbefriedigenden Punkten dieses Schiedsspruches bedeutet derselbe dennoch eine wichtige Vorarbeit für die endgültige Regelung der Arbeitszeit in den Hüttenwerken nach der neuen Verordnung des Reichsarbeitsministeriums für die Hüttenwerke.

## Die Heizungsmonteure und Helfer

des Tarifgebietes Teutoburg-Münster traten am 18. Juli in Streik. Die Unternehmer hatten im Mai 1926 den Tarif gekündigt. Trotz wiederholtem Ersuchen um Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Tarifgebiet Teutoburg-Münster wurden die Verhandlungen von den Unternehmern hinausgeschoben. Anfang Juni verlangten wir nochmals Verhandlungen. Da wurde mitgeteilt, daß der Vorsitzende zur Erholung im Allgäu sei, ferner daß der Syndikus des Arbeitgeberverbandes im Juli seine Ferien nehme und deshalb die Verhandlungen bis August hinausgeschoben werden müßten. Daraufhin wurde der Schlichter angerufen, der auch auf den 14. Juli eine Verhandlung angesetzt hatte. Kurz vor dem 14. Juli erhielten wir Nachricht, daß die Unternehmer an den Verhandlungen nicht teilnehmen könnten. Da bereits seit März im alten Tarifgebiet der neue Tarif in Kraft ist, beschlossen die Heizungsmoteure und Helfer gegen 5 Stimmen, eine weitere Verschleppung nicht zuzulassen und am 18. Juli in den Streik zu treten. Die Forderung der Heizungsmonteure und Helfer war Anerkennung des Tarifes im alten Tarifgebiet und daß die Lohnerhöhungen auch für das Tarifgebiet Teutoburg-Münster Gültigkeit haben sollen. Nach zweitägiger Dauer konnte der Streik erfolgreich beendet werden.

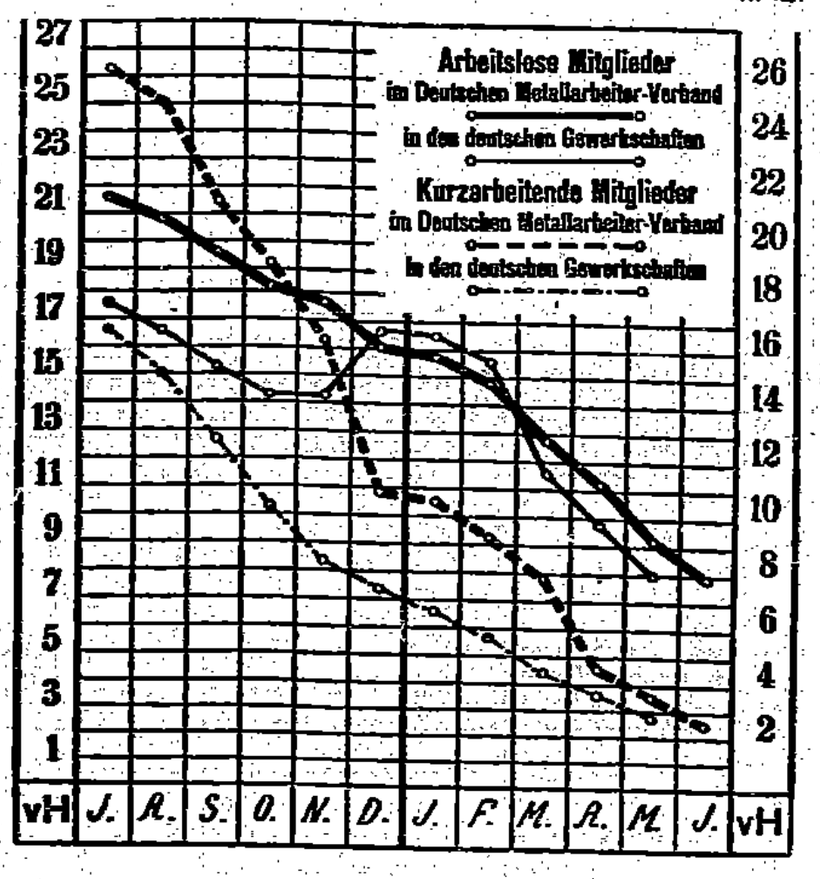
## Arbeitslage in der Metallindustrie

Die im Juli 1926 einsetzende Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder unseres Verbandes kam im Januar 1927 fast zum Stillstand. Im Februar trat eine stärkere Abnahme der arbeitslosen und kurzarbeitenden Mitglieder ein. Dieser Rückgang hielt in den Monaten März, April, Mai und Juni an. Im Juni verminderte sich die Zahl der arbeitslosen Mitglieder um 1,2 vH, die der Kurzarbeiter um 1,0 vH. Stellt man die Zahlen von 1926 denen von 1927 gegenüber, so ergeben sich folgende Hundertsätze:

| | Arbeitslose | | Kurzarbeiter | | Zusammen | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1926 | 1927 | 1926 | 1927 | 1926 | 1927 |
| Januar | 18,9 | 15,7 | 32,8 | 10,5 | 51,7 | 26,2 |
| Februar | 20,4 | 14,9 | 29,5 | 9,2 | 49,9 | 24,1 |
| März | 24,1 | 12,8 | 36,2 | 6,9 | 60,3 | 19,7 |
| April | 19,7 | 11,1 | 25,7 | 4,6 | 45,4 | 15,7 |
| Mai | 20,6 | 9,1 | 25,4 | 3,5 | 46,0 | 12,6 |
| Juni | 21,5 | 7,9 | 27,0 | 2,5 | 48,0 | 10,4 |

Den Verlauf der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild.

A. W.



# Blütenlese aus Werkszeitungen

Ein halbes Hundert Werkszeitungen, deren Auflage in die Hunderttausende geht, das ist die neueste Waffe des deutschen Unternehmertums gegen die aufstrebende Arbeiterschaft. Was man durch das Sozialistengesetz, durch den § 153 der Gewerbeordnung, durch schwarze Listen und Aussperrungen nicht erreichen konnte, soll jetzt auf „trockenem" Wege versucht werden. Vom „Dinta" in Düsseldorf aus ziehen die Apostel des Herrn Arnhold in alle Welt; von hier aus fliegen die Werkszeitungen in alle Betriebe, die neue Heilslehre verkündend: Werksgemeinschaft. Die Werkszeitungen, wenigstens soweit das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Frage kommt, stammen aus einer gemeinsamen Stelle. Diese Tatsache sucht man dadurch zu verdecken, daß man für jedes größere Werk einen andern Kopf und Namen wählt und eine besondere Seite für Werksnachrichten beifügt. Die Zeitungen wissen ihren wahren Charakter unter einem harmlosen Äußern, unter Schlagworten wie Parteilosigkeit, Dienst an der Allgemeinheit usw. zu verbergen. Und doch schaut oft der Pferdefuß hervor.

Im folgenden soll versucht werden, aus dem Inhalt ein Bild von dem doppelten Gesicht und dem wahren Geist der Werkszeitungen zu geben.

Unter den Worten: Werksgemeinschaft — Wirtschaftsfrieden, verbirgt sich die alte Herrschbegier des Unternehmertums. Die Taktik ist folgende: Zunächst muß der Arbeiter losgelöst werden von seinen Klassengenossen außerhalb des Betriebes, im Lande, in der Welt. Sein ganzes Sinnen und Trachten soll sich auf den Betrieb beschränken; er soll nichts weiter sein als ein Hebel an der Maschine, ein kreisendes Rädchen im Getriebe. Man ist nicht so töricht, auf die Gewerkschaften zu schimpfen, aber man sucht bestimmte Einrichtungen und Zustände des öffentlichen Lebens verächtlich oder lächerlich zu machen. Vor allem die Parteipolitik muß herhalten. Als im Jahre 1925 der Genosse Braun zum preußischen Ministerpräsidenten wiedergewählt wurde, schrieb eine Werkszeitung:

„Den Gipfel der Zerfahrenheit stellt wieder einmal das Preußenparlament, wo der Klüngel der Parteien uns zum vierten Male einen neuen preußischen Ministerpräsidenten beschert hat, von dem man wiederum nicht weiß, ob er nicht bei der nächsten Abstimmung nochmals in der Versenkung verschwindet."

Die Parteilosigkeit hört bei den Werkszeitungen natürlich auf, wenn das Volk vor wichtige Entscheidungen gestellt wird und man die Arbeiterstimmen braucht. Gelegentlich der Reichspräsidentenwahl wird Hindenburg über den grünen Klee gelobt und bei der Abstimmung über die Fürstenabfindung muß der Hindenburgbrief, worin der Reichspräsident sich als „Privatperson" gegen die Fürstenenteignung ausspricht, als Sprachrohr dienen, um den eigenen Wünschen mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. — In einem Aufsatz zum letzterder Eisenbahnunglück wird gesagt:

„Und auch die Erziehung zum pflichtbewußten Menschen durch das Militär, die früher noch manchen, der Zucht des Elternhauses und des Lehrherrn Entlaufenen auf den rechten Weg brachte, diese strenge, aber gedeihliche Zucht, derer noch heute viele Tausende von schaffensfrohen und tüchtigen, an Ordnung und Sitte gewöhnte Arbeitsleute der Hand u. des Geistes dankbar gedenken, fehlt heute."

Natürlich kein Wort von den sozialen Zuständen, die zu jenem furchtbaren Verbrechen führten. Der Korporalstock, der preußische Unteroffizier als Lehrmeister des Volkes in Zucht und Sitte! — Dem „deutschen Helden Schlageter", dessen Bild die Titelseite einer Nummer ziert, wird ein wahrer Hymnus gewidmet und eine

„zu Herzen gehende Schilderung vom Leben und Wirken und Streben dieses nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat kerndeutschen Mannes, der das Leben ließ für sein Streben um des Vaterlandes Ehre und Freiheit."

Da man aber an vaterländischen Helden keinen großen Vorrat hat, muß man sich in der Fremde umsehen. Abd el Krim ist

„der tapfere Freiheitskämpfer, der sich keinen schmachvollen Friedensbedingungen beugen will. Er verteidigt seine Heimat und seine Freiheit. Vielleicht schlägt hier die Wage des Weltgerichts einmal nach der richtigen Seite aus."

Und als dann die Wage doch wieder nach der Seite der stärksten Bataillone und schwersten Geldsäcke ausschlug und Abd el Krim sich ergab, tröstet man sich mit seinen militärischen Erfolgen,

„die doch größer sein müssen, als man ahnt. Denn anders können wir uns die Räumung der Sanktionsstädte Düsseldorf und Duisburg nicht gut erklären."

Während in Bulgarien der weiße Schrecken wütet, schreibt eine Werkszeitung: „Die Kommunistenherrschaft in Bulgarien ist immer noch nicht ausgerottet."

Diese Proben mögen genügen, um die politische Gesinnung der Werkszeitungen zu entschleiern. Das Ziel, das wir oben schon andeuteten, ist leicht zu erkennen: der Gedanke der Solidarität aller Arbeiter im Lande und in der Welt muß zerschlagen werden und an seine Stelle ein engstirniger Nationalismus gesetzt werden. Das ist die Vorschule für das eigentliche Ziel, für die Werksgemeinschaft. Worte müssen oft dazu dienen, Gedanken zu verbergen. Wer sich unter Werksgemeinschaft etwa ein gleichberechtigtes Zusammenwirken von Unternehmer und Belegschaft denkt, der wird durch die Werkszeitung eines besseren belehrt: „Viel zu viel wird über Wirtschaftsdemokratie gefaselt" und:

„Die große Masse wird nie aus eigener Kraft das Tor zur neuen Zeit sprengen. Einzelne Führer werden berufen sein, die Schlüssel zu handhaben und endlich einer unter ihnen, die Klinke herunterzudrücken."

Damit der Leser nicht in Zweifel gerät, wer diese Führer sein sollen, werden Lebensbilder großer Männer aus der Industrie gezeigt und anderseits dem Arbeiter Bescheidenheit gepredigt:

„Der Mensch ist geboren zum Arbeiten,
wie der Vogel zum Flug."
„Warum suchst du die Ruhe,
da du zur Arbeit geboren bist?"

„Arbeit ist des Bürgers Zierde,
Segen ist der Mühe Preis,
Ehrt den König seine Würde,
Ehret uns der Hände Fleiß!"

In einem Aufsatz über Lohn- und Dividendenpolitik wird zur Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter gesagt:

„Ist also die Summe, die als Dividende heute auf die Kapitalien gezahlt wird, absolut keine Quelle für eine irgendwie auch nur nennenswerte Befriedigung von höheren Lohnansprüchen (vorher hatte man ausgerechnet, daß bei einer Verteilung aller Dividenden auf den Kopf des Arbeiters eine Summe von 270 M jährlich entfalle. D. V.), so ist es weiterhin auch grundsätzlich abzulehnen, eine Gewinnbeteiligung auf dieser Basis herzustellen, die ohne Gegenleistung erfolgt. Der Arbeiter soll nicht nur einseitig am Gewinn beteiligt werden, er muß auch den Verlust tragen."

Da es heute leider noch umgekehrt ist, daß nämlich der Arbeiter das Risiko zu tragen hat, der Unternehmer aber die Dividende einstreicht, muß man sich auch schon mal mit der Not der Arbeiter beschäftigen. Da erklingt denn das alte Eiapopeia vom Himmel:

„Und doch, mag auch der Gabentisch, den wir unsern Lieben herrichten können, noch spärlicher und dürftiger besetzt sein, als in den vorausgegangenen Jahren, mag er vielleicht sogar ganz leer bleiben, er hat mit der Weihnachtsfreude, dem Weihnachtslicht doch nur äußerlich etwas zu tun. Er ist gleichsam nur ein Trabant der Feststimmung und — wie oft hat er sie nicht schon durch Enttäuschungen, die er bereitete, arg gestört. Nein, der Gabentisch mit seiner Armlichkeit und seiner Leere braucht uns nicht Kummer zu bereiten. Denn: rechte Freude kommt nicht von außen, sondern von innen, vom Herzen."

Und ferner:

„Es ist ein Bild voll Zartheit und Kraft, das ich mir jetzt ausmale. Eine Familie um den Tisch versammelt und der Hausvater liest aus der Bibel den Abendsegen. Mutter hat das Jüngste auf dem Schoß und die Größeren Handarbeiten. Wollte Gott, so wäre es in vielen deutschen Häusern. Deutschland, unser herrliches Vaterland, würde es bald spüren."

An einer andern Stelle wird die gute alte Zeit gefeiert, wie sie sich im Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter spiegelt, und zwar in einem Brief, der in den 1880er Jahren von einem westfälischen Grubenbesitzer anläßlich der Feier seines Dienstjubiläums geschrieben wurde. Die Arbeiter hatten ihm ein Fest bereitet, wovon der Gefeierte sich also vernehmen läßt:

„Nachdem ich nun vortrat, um mit meinen lieben Arbeitern zum bestimmten Lokale zu gehen, wurde ich nochmals überrascht, hier stand ein Wagen fertig und ich mußte einsteigen und es ging mit Fackeln zum Festlokale. Hier war der Saal von den Arbeitern aufs Schönste dekoriert, ein bekränzter Sessel, eine lange Pfeife und Tabak bezeichneten meinen Platz ... Trotzdem ich das Bier in Masse zur Verfügung stellte, und um 2 Uhr noch, wo ich nach Hause ging (nein, ich wurde wieder gefahren), ein 100 Literfaß frisch anstecken ließ, hat kein Mißton die Feier getrübt. Ich bin stolz auf meine Arbeiter!"

Wir müssen gestehen, aus diesen Proben läßt sich kein bestimmter Schluß auf das Wesen der Werksgemeinschaft ziehen. Mal taucht das patriarchalische Verhältnis des vorigen Jahrhunderts, mal der Standpunkt des Herrn im Hause der Vorkriegszeit als Idealbild auf. Schärfste Ablehnung erfahren jedenfalls alle Ideen, die auf eine Gleichberechtigung oder auch nur Mitbestimmung der Arbeiter hinauslaufen. — Eine besondere Sache sind die Ehrentafeln der Jubilare. In den Jahren 1925/26 ist verschiedentlich das Mißgeschick passiert, daß zur selben Zeit, wo die Werkszeitung das Bild eines Veteranen mit lobender Anerkennung brachte, besagter Veteran seine Entlassung „wegen Arbeitsmangel" bekam. — Als goldene Lebensregeln werden folgende Weisheiten feilgeboten:

„Jeden Morgen einige rythmische Übungen und Atemgymnastik treiben,
stets mit Wohlbehagen und frei von aller Hast frühstücken,
häßliche Gedanken verscheuchen und mehr an das Gute und Schöne denken,
sich so lange und oft es nur eben geht, in frischer Luft aufhalten."

Wenn dem Arbeiter solche Mahnungen von ärztlicher Seite gesagt werden, gut und schön. Die Wissenschaft soll ja voraussetzungslos sein und braucht sich nicht darum kümmern, ob die Bedingungen zur Befolgung solcher Regeln gegeben sind. Aber in die Spalten eines Unternehmerblattes, dessen Väter ständig über die hohen Löhne klagen und gegen die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen, passen solche Weisheiten wie die Faust aufs Auge. Besonders dem Hüttenarbeiter mit seiner Zwölfstundenschicht werden weitere Anregungen, wie er seine freie Zeit verbringen soll, sehr willkommen sein.

Soll man über den Geschmack streiten, wenn in einer Nummer gedichtet wird:

„Trink dir ruhig deinen Schoppen
abends nach des Tages Last;"

und in einer andern Nummer von demselben „Dichter":

„Freund, laß ab vom vielen Trinken,
von dem Schnapse und vom Bier."

Oder wenn unter dem Strich ein nationaler Schundroman „Die Rache der Verlassenen" erscheint? Sobald hier die Linie der anerkannten klassischen Literatur verlassen wird, verfällt man auf den ödesten Tratsch. Doch das nur nebenbei.

Es kam uns hier darauf an, das wahre Gesicht der Werkszeitungen zu zeigen. Dazu war notwendig, aus der Fülle des Stoffes eine Auswahl zu treffen. Die nationalistische und arbeiterfeindliche Gesinnung, wie sie hier in gedrängter Zusammenstellung erscheint, ist allerdings unter einem Wust von harmlosen Allerweltsweisheiten und schönen Worten verborgen. Ein Tropfen Gift auf hundert Tropfen Wasser! Der Patient darf nicht merken, wie er allmählich vergiftet wird. Der Mantel der Harmlosigkeit und politischen Neutralität deckt indessen nur unvollkommen die Merkmale des Machtwillens der Unternehmer, der politischen Reaktion und der Gewerkschaftsfeindlichkeit.

ADD.

## Die Gesellschaft für Soziale Reform

„Die Sozialpolitik ist das allerletzte, wo gespart werden kann." Diese Worte prägte der sächsische Oberverwaltungsgerichtspräsident v. Nostitz auf der zehnten Hauptversammlung der Gesellschaft für Sociale Reform. Allerdings muß gesagt werden, daß nicht alle Redner dieser Erklärung des Verhandlungsführers gefolgt sind. In seiner Eigenschaft als Richter legte Herr v. Nostitz mit unmißverständlicher Deutlichkeit Verwahrung ein gegen die maßlosen Angriffe, die zum Teil von hoher juristischer Seite gegen das Arbeitsgerichtsgesetz erfolgen. Hier mag eingeschaltet werden, daß auch zu Arbeitsgerichtsvorsitzenden ernannte Personen sich in Wort und Schrift gegen die Mitwirkung von Laien in der Arbeitsgerichtsbarkeit wenden. Trotz des klaren Wortlautes des Arbeitsgerichtsgesetzes versuchen sie, an der Hand der §§ 157 und 198 der ZPO die Vertretung der Arbeiter durch nicht juristische Verbandsbeauftragte zu unterbinden. Angesichts solcher Vorgänge ist es zu begrüßen, daß ein namhafter Richter zum Ausdruck bringt, daß die abgrundtiefe Abneigung der Berufsrichter gegen das Laienrichtertum ein sehr schlechtes Licht auf die Selbsteinschätzung der Richter wirft.

Professor Dr. Lederer und Professor Dr. Bauer von der Hochschule in Karlsruhe behandelten die Wirkungen von Lohnerhöhungen auf die Kaufkraft und den inneren Markt. Beide Redner kamen ungefähr zu denselben Schlußsätzen, nämlich, daß die Löhne gesteigert werden müssen, um die Kaufkraft zu erhöhen, und daß eben eine gute Lohnpolitik gleichzeitig die beste Produktionspolitik sei. Was wir heute hätten, sei nicht Lohnpolitik, sondern Lohnanarchie. Bauer meinte, daß diese Anarchie durch ernste Zusammenarbeit von Arbeitern, Unternehmern und Wissenschaftern zu überwinden sei. Für die freien Gewerkschaften sprach Tarnow, der mit einer Gründlichkeit, die allgemein anerkannt wurde, das Problem von dem bekannten Standpunkt der Arbeiterbewegung behandelte. Die Unternehmervertreter ließen in der Aussprache die Deutlichkeit, die sie sonst immer in solchen Angelegenheiten zeigen, vollkommen vermissen. Die vorgeschickten Syndizi schienen zu reden, um die Gedanken des Unternehmertums zu verbergen. Ein Schlag ins Wasser war der Vortrag des demokratischen Arbeiterführers Anton Erkelenz über die Selbstverwaltung in der Sozialpolitik. Erkelenz will die Zwangsversicherung abbauen und alles auf die freiwillige Selbsthilfe bringen. Er meint, die Sozialpolitik hindere teilweise die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und der Arbeiterschaft. Er glaubt auch, daß, wenn der Arbeiter vollkommen auf sich selbst angewiesen sei, er noch mehr für höhere Löhne streben würde, als er das bei dem jetzigen Stand der Sozialpolitik schon tut. Erkelenz brachte aber sofort den Beweis für die Unmöglichkeit seiner Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß die Unternehmer, wenn sie von den sozialen Beiträgen entlastet werden, doch wohl kaum bereit wären, die so eingesparten Gelder für die Lohnerhöhung zu verwenden. Der Regierungspräsident Brauweiler, der als leitender Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände das Wort nahm, erklärte, daß er den Ausführungen von Erkelenz im vollsten Umfange zustimmen könne. Alle übrigen Redner ließen an Erkelenz kein gutes Haar. Was dem demokratischen Abgeordneten und Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine von dem Genossen Splieth, dem Professor Tönnies, Dr. Elsaß, Ministerial-Direktor Grieser, dem Genossen Lehmann vom Hauptverband der Krankenkassen und anderen gesagt wurde, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Im übrigen kann man die Tagung erfolgreich nennen. Sie gab zwei anerkannten Führern der freien Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit, unseren Standpunkt in aller Klarheit zu vertreten. Auch war zu bemerken, daß die Wissenschaftler ihre in den letzten Jahren geübte Zurückhaltung aufgegeben haben und wieder an dem Ausbau der Sozialpolitik mitarbeiten werden. Dahingegen ist die „Mitwirkung" der Unternehmer, wie schon angedeutet, die alte geblieben. Das vorsichtige Auftreten ihrer Redner kam einer Ablehnung der Forderungen nach dem Ausbau der Sozialpolitik gleich. Das wird natürlich die freien Gewerkschaften nicht hindern können, nach wie vor durch Ausbau der Sozialpolitik die Lage der Arbeiterklasse zu bessern.

W. P.

## Der Sohn eines mutigen Vaters

Dem Charles Lindbergh wird der Ruhm bleiben, als erster den Ozean in einem Flugzeug überquert zu haben. Er ist ob seiner außerordentlichen Tat von der ganzen Welt gefeiert worden, am wildesten jedoch in Nordamerika. Nicht nur, daß er von einem Kriegsschiff heimgeholt und von dem amerikanischen Präsidenten mit langer Rede und schwerem Lob bedacht wurde, die ganze Bevölkerung seines Landes hat ihn rasend gefeiert. Auffällig bei alledem aber ist, daß von dem Vater des Fliegerhelden gar nichts erwähnt wurde. Wenn sonst in Amerika ein Ballspieler oder Boxer eine Höchstleistung vollbringt, durchwühlen die Zeitungsmenschen die ganze Familie des Betreffenden, und seinen Eltern, Geschwistern, Onkeln und Tanten werden viel Aufsätze und Bilder gewidmet. Jetzt aber, wo ein Charles Lindbergh eine Kulturtat ersten Ranges vollbracht hat, ist von einer Anteilnahme an der Familie des Helden rein gar nichts zu merken. Die sonst so geschwätzigen Zeitungen haben noch nicht einmal ein Wörtchen für Lindberghs Vater. Die Ursache des so auffälligen Schweigens wird nun in der amerikanischen Arbeiterpresse dargelegt. Nach diesen Darlegungen ist es verständlich, warum das amtliche und kapitalistische Amerika Lindberghs Vater vergißt. Über das Warum schreibt unser alter Genosse G. A. Hoehn in der St. Louiser Arbeiter-Zeitung:

„Es ist fast, als hätte man sich im Stillen gegen den alten Lindbergh verschworen. Das mag seine gute Ursache haben. Des jungen Lindberghs Vater war 10 Jahre lang fortschrittliches Mitglied des amerikanischen Bundeskongresses. Vor etwa einem Jahrzehnt fand man des alten Lindberghs Namen sehr häufig auf den Frontseiten der Tagespressen des Landes. Es wurden lange Depeschen und Artikel über ihn veröffentlicht, denn es war Kongreßabgeordneter Lindbergh aus Minnesota, welcher damals den Mut hatte, frei, fest und unerschrocken den dunklen Gewalten der Kriegsmacher und Kriegshetzer die Stirne zu zeigen und erhobenen stolzen Hauptes die Sache des Volkes zu vertreten.

Im Jahre 1918 bewarb sich der Vater des heute gefeierten jungen Lindbergh um das Amt des Gouverneurs von Minnesota. Er war Kandidat der Farmer- und Arbeiterpartei. In seinem Programm und seinen Wahlschriften hatte Lindbergh folgende Punkte aufgestellt:

„Mr. Lindbergh ist gegen allen imperialistischen Krieg und sein bisheriges Verhalten liefert dafür den besten Beweis."

„Mr. Lindbergh tritt energisch dafür ein, daß, wenn Krieg geführt werden soll, die Kosten dafür durch eine Steuer auf die Millionen von Profit, welche die Kriegsprofiteurs aufgehäuft, aufgebracht werden müssen."

„Mr. Lindbergh besteht auf Freilassung unserer politischen Gefangenen aus der Kriegszeit."

„Mr. Lindbergh besteht darauf, daß in unseren auswärtigen Beziehungen vor allen Dingen nach dem Grundsatze verfahren werde, daß jede Nation das Recht hat, ihre eigenen Geschicke zu regeln und zu lenken."

„Mr. Lindbergh verlangt Anerkennung Sowjet-Rußlands seitens der amerikanischen Regierung."

„Mr. Lindbergh ist für Erhaltung der Preßfreiheit, Redefreiheit und Versammlungsfreiheit und für das Recht der Farmer und Arbeiter, sich zu gegenseitigem Schutze zu organisieren."

Ferner ist noch zu betonen, daß der alte Lindbergh ein entschiedener Gegner des Krieges und des Eintritts Onkel Sams in denselben war.

Er war dagegen, daß Amerika gegen Deutschland die Waffen ergreift und machte auch nie ein Hehl daraus, seine Meinung frei und offen auszusprechen. Das erklärt wohl bis zu gewissem Grade, weshalb die hohen Herren von Staatsmännern und Politikern im Zylinderhut heute gar kein Bedürfnis empfinden, den Namen des alten Kongreßabgeordneten Lindbergh in Verbindung mit dem großen Sohne zu nennen. Der junge Lindbergh, der heute mit Recht als großer Mann gefeiert wird, hat nicht nur eine tüchtige Mutter, sondern er hatte auch einen großen Vater — einen Vater, der ein ganzer Mann und furchtloser, tüchtiger amerikanischer Bürger war.

*

## Durchschnittslöhne amerikanischer Autoarbeiter

Die Automobile Association Nordamerikas hat eine Erhebung der Löhne der Automobilindustrie vorgenommen, die fast alle Fabriken umfaßt. Aus dieser Erhebung geht hervor, daß der jährliche Durchschnittslohn im Jahre 1920 am höchsten war, nämlich etwa 2000 Dollars. Das ist gegen 1919 ein Mehr von 521 Dollar. In 1921 aber senkte sich der Jahresjatz auf 1607 und in dem darauffolgenden abermals, und zwar auf 1564. Dann setzte wieder eine Steigerung ein, so daß der Durchschnitt im Jahre 1923 1820 Dollar betrug. In 1924 fiel er wieder auf 1658, in 1925 auf 1799, während er in 1926 wieder nur 1753 Dollar betrug. Wie schon gesagt, sind das die Zahlen des großen Durchschnitts aller Arbeiter der nordamerikanischen Autoindustrie. In dieser wiegen bekanntlich die ungelernten Leute vor, auch ist die Zahl der Frauen und Jugendlichen verhältnismäßig hoch. Könnte man nur den Durchschnittslohn der gelernten Leute betrachten, würden die Durchschnittssätze bedeutend höher sein als hier oben angegeben.

**Besucht die Mitgliederversammlungen!**

Unser Verband ist eine Demokratie. / Jedes Mitglied ist zur Mitentscheidung berufen. / Wer sich des Rechtes der Mitentscheidung nicht begeben will, muß in die Versammlungen kommen. / /

# Kann der Notstandsarbeiter seinen Lohn einklagen?

Diese wichtige Frage war bisher äußerst umstritten, denn eine klare Rechtsgrundlage für die eindeutige Beurteilung des Beschäftigungsverhältnisses der Notstandsarbeiter ist nicht vorhanden. Schuld daran trägt, wie auch in unzähligen anderen Fällen, die schlechte Fassung des Gesetzes. In § 9 der Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten heißt es: „die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten ist eine Form der Erwerbslosenfürsorge...“ Aus diesem Wortlaut folgert nun eine große Anzahl Arbeitsrechtler, daß das Notstandsarbeitsverhältnis kein Arbeitsverhältnis im arbeitsrechtlichen Sinne sei. Folgt man dieser Auslegung — und die Gerichte sind ihr bisher gefolgt — so ergeben sich daraus für den Notstandsarbeiter ganz unerträgliche Folgen.

Nach § 9 III der oben genannten Bestimmungen regelt sich die Vergütung der Notstandsarbeiter in ihrer Höhe nach der tariflichen oder, mangels einer solchen, nach der ortsüblichen Entlohnung, die für Arbeiten gleicher Art am Ort der Notstandsarbeit gezahlt wird. Wenn nun der Träger der Notstandsarbeit oder ein Notstandsarbeiten ausführender Unternehmer nicht den Tariflohn zahlt oder mit der Lohnzahlung überhaupt im Rückstande bleibt, wo kann der Arbeiter klagen?

Macht man sich die dargelegte Meinung zu eigen, so ergibt sich, daß diese „Form der Erwerbslosenfürsorge“ ein Fürsorgeverhältnis ist nach der Erwerbslosenfürsorgeverordnung vom 16. Februar 1924. Nach dieser Verordnung kann der Arbeiter sein Recht nicht bei einem Gerichte, sondern nur bei dem Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises geltend machen. Zwar kann er gegen dessen Entscheidung binnen 14 Tagen Einspruch beim Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises erheben. Tritt aber der Ausschuß dem Vorsitzenden bei, so kann die Entscheidung durch ein Rechtsmittel nicht weiter angefochten werden. Kommt eine Einigung zwischen dem Vorsitzenden und dem Verwaltungsausschuß nicht zustande, so muß die Sache der obersten Landesbehörde oder der von ihr bezeichneten Stelle vorgelegt werden. Gegen die Entscheidung dieser Stelle ist ein Rechtsmittel nicht gegeben (§ 29 Ziff. 2 Erw.-Fürs.-VO.).

Praktisch ist dieser Weg für den Notstandsarbeiter nicht gangbar. Der Arbeiter, der sein Geld braucht, kann nicht warten, bis im ungünstigsten Falle drei Stellen entschieden haben. Selbst wenn die Entscheidung für den Arbeiter günstig ist, kann er mit ihr nicht viel anfangen, wenn der Träger der Notstandsarbeit oder der Notstandsunternehmer sich weigert, der Entscheidung nachzukommen: sie ist **nicht** vollstreckbar.

Mit einer solchen Auslegung ist dem Notstandsarbeiter also nicht nur nicht gedient, sie ist auch falsch. In seiner Schrift, „Die Rechtsnatur des Beschäftigungsverhältnisses der Notstandsarbeiter“, hat **Kurt Haßler** diese Auslegung überzeugend widerlegt. Nach ihm beruht das Arbeitsverhältnis des Notstandsarbeiters auf einem Anstellungsvertrag. Denselben Standpunkt vertritt auch **Sinzheimer** in seinem neuen Buch: „Grundzüge des Arbeitsrechts“. Beide gehen von der Annahme aus, daß für den Träger der Notstandsarbeit oder für den Notstandsunternehmer ein Abschlußgebot zum Abschluß eines Anstellungsvertrages über die Leistung von Notstandsarbeit vorliegt. „Die Verpflichtung zum Abschluß eines solchen Anstellungsvertrages ist eine beiderseitige. Die Verpflichtung des Erwerbslosen ist eine auf Gesetz beruhende Verpflichtung. Die Verpflichtung des Trägers der Notstandsarbeit oder ihres Unternehmers ist eine aus öffentlich-rechtlichem Vertrag sich ergebende Verpflichtung. Der Anstellungsvertrag kommt auf Grund dieser beiderseitigen Verpflichtung zustande, indem die Beteiligten den Anstellungsvertrag abschließen, was in der Regel stillschweigend in der Weise geschieht, daß der Notstandsarbeiter die Arbeit auf- und der Träger der Notstandsarbeit oder deren Unternehmer die Arbeit annimmt.“ (Sinzheimer, S. 135 ff.)

Es ist erfreulich, daß sich der erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt a. M. diese Gründe in einer Entscheidung vom April dieses Jahres zu eigen gemacht hat. Sie kann für die Rechtsprechung in ähnlichen Sachen von Bedeutung werden. In den Entscheidungsgründen heißt es (es handelt sich um einen Rechtsstreit städtischer Notstandsarbeiter, die bei der städtischen Arbeitszentrale für Erwerbsbeschränkte beschäftigt waren und den geltenden, aber dort nicht gezahlten Tariflohn für sich geltend machen wollten): „Entgegen der Auffassung der Vorinstanzen muß der Rechtsweg für die in der Klage geltend gemachten Ansprüche für zulässig angesehen werden. Zweifel konnten nur entstehen, wenn es sich bei den Arbeitern der Arbeitszentrale für Erwerbsbeschränkte um eigentliche Notstandsarbeiten i. S. des § 9 der Verordnung vom 30. April 1925 RGBl I[85] handelte, was aber bis jetzt noch nicht dargetan ist. Aber auch diese Frage bedarf keiner weiteren Klärung. Allerdings ist es streitig, ob bei solchen eigentlichen Notstandsarbeitern ein Vertragsverhältnis privatrechtlicher Natur vorliegt und ob insbesondere der Wortlaut des § 9 zu der Annahme führen muß, daß für den Lohnanspruch der Rechtsweg ausgeschlossen ist.

§ 9 Absatz 1 lautet: „Die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten ist eine Form der Erwerbslosenfürsorge, gilt aber als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung und als Beschäftigungsverhältnis im Sinne des Einkommensteuergesetzes.“

Mit Rücksicht hierauf wird vielfach die Ansicht vertreten, daß, weil hiernach die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten als eine Form der Erwerbslosenfürsorge betrachtet wird, der Rechtsweg ausgeschlossen sei. (Kaskel, 4. Auflage, S. 63.) Diese Ansicht ist aber neuerdings in ausführlicher Weise bekämpft worden von Heßler (Nr. 5 Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht, Jena 26.) Dort wird dargelegt, daß es sich um ein privatrechtliches Verhältnis handelt, nämlich um ein Dienstverhältnis; wenn der Staat dem Erwerbslosen die Möglichkeit gibt, sich selbst zu unterhalten, habe er seiner Fürsorgepflicht genügt. Im selben Augenblick greife der Wirtschaftsprozeß umgestaltend in das ursprüngliche Unterstützungsverhältnis ein und werte die Unterstützung in Lohn um. Zu diesem gehöre aber begrifflich die Klagbarkeit. Daher kann die Vergütung des bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge Beschäftigten bei den ordentlichen Gerichten eingeklagt werden. Diese Meinung ist auch von Professor **Groh** in Heidelberg gebilligt worden. (J. W. 1927, S. 1075.) Ihr hat sich auch der Senat aus den von Heßler dargelegten Gründen angeschlossen. Hiernach ist auf alle Fälle der Rechtsweg gegeben.“

Die klare Entscheidung wird den Notstandsarbeitern in Zukunft manchen Verdruß ersparen. Die neuen Arbeitsgerichte werden also für Lohnklagen **und auch für andere Streitigkeiten** der Notstandsarbeiter aus dem Notstandsverhältnis ebenso zuständig sein, wie für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis überhaupt.

**Wilhelm Kempf.**

## Volkshochschulheim Dreißigacker

In der Nähe der Stadt Meiningen liegt das Dörfchen Dreißigacker; am Rande desselben steht ein Haus, dessen großer Bau das ganze Dorf überragt. Das ist das Volkshochschulheim Dreißigacker. Hier ist jungen Leuten im Alter von 20 bis 30 Jahren in viermonatlichen Kursen Gelegenheit geboten, ihr Wissen zu vermehren, das Denken zu schulen und den Gemeinschaftsgeist durch die Tat zu beweisen. Der Unterricht umfaßt Volkswirtschaft, Politik, Erziehung, Philosophie und Kunstbetrachtung, er wird von zwei Lehrern in Form von Arbeitsgemeinschaft gegeben. Oft prallen dann die Meinungen der Schüler zusammen, bis dann unter der sachkundigen Leitung des Lehrers eine Einigung erzielt wird, ohne daß dabei den Schülern eine bestimmte Meinung aufgezwungen wird, die letzte Entscheidung liegt bei ihm. Da lernt man auch mit dem Kopfe des anderen denken und die Ansichten des anderen achten und sie nicht, wie es leider im alltäglichen Leben so oft vorkommt, mit einem Schlagwort abzutun. Das Heim steht auf neutraler Grundlage. Daß das Heim allseitige Beachtung findet, zeigt sich darain, daß sich die Schüler aus allen Gegenden und Parteien Deutschlands zusammenfinden. Zu dem wöchentlich 25stündigen Unterricht kommt noch ein 12stündiger Arbeitsdienst. Letzterer ist nicht nur als Gegengewicht für die meist ungewohnte geistige Anspannung eingeführt worden, sondern bedeutet einen nicht unbeachtlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Erhaltung der Schule. Das Schulgeld beträgt 40 Tagelöhne; hierfür erhält man Unterricht, Kost und Wohnung. Für unterstützungsberechtigte Erwerbslose tritt eine besondere Regelung zwecks Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung ein. Auskunft erteilt die Schulleitung bereitwilligst. Die Anschrift ist: Volkshochschulheim Dreißigacker bei Meiningen i. Thür.

K. E., Schmölln i. Thür.

## Die Arbeitersportbewegung im Jahre 1926

Unter diesem Titel hat die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege ihren Geschäftsbericht herausgebracht. In dem 24 Seiten starken Heft wird eingangs festgestellt, daß die Bewegung die Jahre der Wirtschaftskrise mit einem nicht unbedeutenden Verlust an Mitgliedern bezahlen mußte. Im Berichtsjahr hat sich jedoch eine sehr bedeutsame Besserung angebahnt. Die Mitgliederzunahme betrug im Durchschnitt 6 vH. Der Zuwachs dürfte sich im laufenden Jahre kräftig fortsetzen.

Die Lehrtätigkeit ist mit der Errichtung der leipziger Bundesturnschule sehr umfangreich geworden. Zum ersten Male hält auch die Zentralkommission in diesem Jahre eigene Lehrgänge ab, von denen der erste vor kurzem in Wernigerode sehr erfolgreich beendet wurde. Weitere Kurse von achttägiger Dauer finden im Juli für die Provinz Schleswig-Holstein statt. Geplant sind gleiche Kurse für das besetzte Gebiet. Das Verhältnis zu den staatlichen Behörden wird allgemein als gut bezeichnet, mit Ausnahme von Bayern, dessen Regierung sich wenig freundlich, wenn nicht gar feindselig verhält.

Zugleich mit dem Geschäftsbericht ist ein kleines Handbuch der Zentralkommission zur Ausgabe gelangt, das ein sehr reichhaltiges Material für die gesamte Bewegung enthält. Hier ist zum ersten Male über die Gesamtbewegung in übersichtlicher Form berichtet worden, so daß auch der Außenstehende ein klares Bild erhält.

## Schriftenschau

**„Der Kampf um die Aufwertung“.** Von **Hugo Heimann**, M.d.R. Von Helfferich bis Hindenburg. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 88 Seiten, geheftet 1 *M*. Das Verdienst des bekannten Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstages **Hugo Heimann** ist es, uns ein Buch gegeben zu haben, das in knapper Form alles **Wesentliche** herausgearbeitet — klar und eindeutig die **Stellung der sozialdemokratischen Fraktion** in diesem Kampf kennzeichnet und mit besonderer Ausführlichkeit die **verlogene doppelzüngige Haltung der Deutschnationalen** an den Pranger stellt. Gerade dieses letztere dürfte für alle agitatorisch Tätigen überaus wertvoll sein, da diese Dinge im Zusammenhang noch in **keiner Schrift** behandelt wurden. Besonders für die kommenden Wahlkämpfe kann dieses Buch nicht genug empfohlen werden. Es ist eine scharfe Waffe im Kampf gegen die Reaktion! Der Anhang gibt das ganze Aufwertungsgesetz im Wortlaut wieder.

„Der Wahre Jakob“ rechtfertig die Erwartungen, die man auf sein Erscheinen gesetzt hat. Die Nr. 2 überrascht abermals durch die Fülle und Güte des Dargebotenen, die jedem Geschmack gerecht wird. Die politische Satire ist ebenso berücksichtigt wie der behagliche Humor, und es sind dienliche Wahrheiten, die „Der Wahre Jakob“ mit lachendem Munde ausspricht. Aus den zahlreichen zündenden Witzen des „Wahren Jakob“ sei der folgende wiedergegeben, den alle Kenner des Sportwesens mit verständnisinnigem Augenzwinkern aufnehmen werden:

In einer schönen Gegend Deutschlands fand ein Motorradrennen statt. Eine kolossale, eine ganz große Sache, ein Ereignis für alle, die es anging.

Mit dem nervenaufpeitschenden Endkampf der drei Marken „Meyer“, „Adonis“ und „Dalles II.“, aus dem „Dalles II.“ als Sieger hervorging.

Leider geschah es durch einen Irrtum der Sekretärin, daß „Meyer“ überallhin als Sieger verkündet wurde.

Gräßlich fluchte der Rennleiter. „Himmelkreuzbombenelement!“ hustete er die Sekretärin an, „ich habe Ihnen doch ausdrücklich gesagt: Meyer kommt das nächste Mal dran!“

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 ₰ pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

**Kulturwille.** Sonderheft „Ausstellungen“. Jahresbeitrag 2.40 *M*. Einzelnummer 25 ₰. Probenummer frei. Verlag **Arbeiterbildungs-Institut Leipzig** C 1, Braustraße 17 II. Das Ausstellungswesen nimmt von Jahr zu Jahr an Ausbreitung und Umfang zu; daher ist es wertvoll, wenn an die zurzeit im Mittelpunkt stehenden Ausstellungen einmal der kulturelle Maßstab gelegt wird. Die wichtigsten Ausstellungen der Gegenwart werden behandelt. Die „Arbeiterschulung“ bringt einen beachtlichen Beitrag von Albert Kranold „Von der drohenden Entartung des Arbeiterbildungswesens und ihrer Verhütung“, der besonders auf die Fragen der Begabtenauswahl, der Berufsentfremdung mancher Kursusteilnehmer und die Gefahren der Halbbildung hinweist.

# Mitteilungen des Vorstandes

**Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart**

**Telephon-Nummern: S-A. 628 41, S.-A. 628 42, S-A. 639 90**

Mit Sonntag dem 31. Juli ist der **32.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **31. Juli bis 6. August 1927** fällig.

In letzter Zeit sind häufig Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet worden über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung hätten finden können. Meistens war diesen Anfragen ein **Ausweis** über die Mitgliedschaft nicht beigefügt.

**Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß sich alle Mitglieder mit ihren Angelegenheiten zunächst an die zuständige Ortsverwaltung zu wenden haben.** Nur wenn sich hierbei eine befriedigende Erledigung nicht erreichen läßt, ist die Angelegenheit entweder durch die Ortsverwaltung weiterzuleiten oder von dem Mitglied selbst **unter Beifügung eines Ausweises über die Mitgliedschaft** dem Vorstand einzureichen.

## Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

**Reisende Mitglieder** können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungstellen **Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.**

**Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt,“ ist das Aufsuchen des Kassiers, weil zwecklos, zu unterlassen.**

**Stuttgart, Rötestraße 16. Der Verbandsvorstand.**

## Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach **München** (Wamsler-Werke, A.-G., Vereinigte Ofen- und Herdfabriken Gärtner & Co., A. G., J. M. Göggelmann) St.; nach **Swinemünde** (Pommernwerft) D.;

von **Metalldrückern** nach **Wittenberg** (Norddeutsche Aluminiumwerke Wittenberg, Rothemark) Mi.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung.

**Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.**

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Rötestraße 16

ZIGARETTEN
GEWERKSCHAFTER
GEG-ZIGARETTEN
IM KONSUMVEREIN

Organisierte Arbeiter kaufen
Frischauf-Räder
aus dem Fahrradhaus
Frischauf, Offenbach a. M.
Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“
Gegründet 1898
Von organisierten Arbeitern hergestellt. Bestes Material. Im Tauchbad gelötet. Garantie. Zahlungserleichterungen.
Verlangen Sie bitte Katalog.

Größtes Musikinstr.-Versandgeschäft Deutschlands
Meinel & Herold
Musikinstrumente-Sprechapparate-u. Harmonikafabrik
Klingenthal Nº 270
versenden direkt an Private
zu von Käufern bestaunten niedrigen Preisen
Musikinstrumente, Sprechapparate, Harmonikas
Ziehharmonikas v. RM 4,75 an
Trommeln v. RM. 2,80 an
Trompeter v. RM. 28,75
Ratenzahlungen bei mäßigem Aufschlag zu günst. Bedingungen

Größte Produktion der Welt!
OPEL

Billige böhmische Bettfedern
Ein kg graue geschlissene Mk. 3,—, halbweiße Mk. 4,—, weiße Mk. 5,—, bessere Mk. 6,—, 7,—, daunenweiche Mk. 8,—, 10,—, beste Sorte Mk. 12,—, 14,—, weiße ungeschlissene Mk. 7,50, Mk. 9,50, beste Sorte Mk. 11,—. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Käse
CARL RAMM

Schweiz.

Härter

Musik-Instrumente
für Orchester, Schule und Haus.
Max Dürfel, Klingenthal i. Sa. 128

Gratis Preisliste
BERLIN SW 68

Kollegen!
Abonniert die Betriebsräte-Zeitschrift!

Das Arbeitsgerichtsgesetz erscheint in neuer Auflage

Tüchtige
Metallschleifer und Polierer,
gut eingerichtet auf die Bearbeitung von Eisen und Messing, werden für gutbezahlte Akkordarbeit sofort gesucht. Ledige erhalten wegen herrschenden Wohnungsmangel den Vorzug.
Wurzener Metallwarenfabrik, G. m. b. H., Wurzen.

Die Verlagsgesellschaft des DMV liefert Druckarbeiten jeder Art

Soeben erscheint:
Die deutsche Elektrizitäts-Versorgung
Verlagsgesellschaft des DMV

Alleinige Anzeigenannahme: Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11 ... — Fernruf: Hasenheide 2780/81, 4718, 4733/32, 4739 — Postscheckkonto Berlin 47910.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11